STADT | TORNESCH

Der Vorsitzende des Hauptsausschusses

Geschäftsstelle
Wittstocker Str. 7
25436 Tornesch

Auskunft erteilt: Inga Ries
Zimmer: 118 1. Obergeschoss
Telefon: 04122-9572-101
Fax: 04122-9572-111
E-Mail: inga.ries@tornesch.de
Internet: www.tornesch.de

Stadt Tornesch • Postfach 21 42 • 25437 Tornesch

An die Mitglieder des
Hauptausschusses

n a c h r i c h t l i c h
an alle übrigen Ratsfrauen und Ratsherren sowie bürgerlichen Mitglieder

Tornesch, den 28.08.2015

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Einvernehmen mit Herrn Bürgermeister Krügel lade ich Sie zu einer

öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses

am Montag, den 14.09.2015 um 19:00 Uhr im Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7 ein.

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.07.2015	
4	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
5	Bericht der Verwaltung - öffentlicher Teil -	**VO/15/147**
6	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7	Berichtswesen gemäß Richtlinien	
7.1	Haushalt, Entwicklung des Steueraufkommens	**VO/15/140**
7.2	Stand der Durchführung wichtiger Bauvorhaben mit Kostenentwicklung, sofern von besonderer Bedeutung, Umsetzung von Bauleitplänen, sofern von besonderer Bedeutung - Stichtag 01.09.2015	**VO/15/138**
7.3	Wirtschaftsdaten: Betriebsansiedlungen und Investitionsplanungen von Unternehmen	**VO/15/139**
8	Notstromversorgung für den Katastrophenschutz	**VO/15/136**
9	Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungen und Aufsichtsratgremien öffentlicher Unternehmen	**VO/15/143**

10	Beratung und Beschlussempfehlung über den 1. Nachtragshaushaltplan der Stadt Tornesch für den Teilhaushaltsplan 1 - Büro des Bürgermeisters -	**VO/15/146**
Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nichtöffentlich beraten.		
11	Bericht der Verwaltung+- nichtöffentlicher Teil -	**VO/15/148**
12	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
13	1. Nachtragsstellenplan 2015 und Änderung der Entschädigungssatzung	**VO/15/144**
14	Beteiligungsverwaltung	
14.1	Berichte aus den Gesellschaften	
14.2	Mögliche Weisungen an die kommunalen Gesellschafter	
15	Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts	

Mit freundlichen Grüßen

gez. Verena Fischer-Neumann
Vorsitzende

STADT | TORNESCH

Mitteilungsvorlage	**Vorlage-Nr:**	**VO/15/147**
	Status:	öffentlich
	Datum:	28.08.2015
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Inga Ries
	Bericht im Rat:	
Büro des Bürgermeisters	Bearbeiter:	Inga Ries

Bericht der Verwaltung
- öffentlicher Teil -

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
14.09.2015	Hauptausschuss

Geplante Schließung der Polizeistation Tornesch

Die von der Ratsversammlung beschlossene Resolution zur Schließung der Polizeistation Tornesch wurde dem Landtagspräsidenten, dem Innenminister, der Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses und der Polizeidirektion Segeberg übersendet. Anbei gebe ich Ihnen die eingegangenen Antworten zur Kenntnis.

Die weiteren Berichte entnehmen Sie bitte der anliegenden Tabelle.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage:

- Beschlussumsetzungstabelle, öffentlicher Teil, September 2015
- Schreiben zur Schließung der Polizeistation

Schlagwort	Beschluss zum Tagesordnungspunkt/Thema	beraten am	Beteiligung anderer Gremien	Stand des Verfahrens/Beschlussumsetzung
Alte Ahrenloher Schule Umbau und energetische Optimierung zum Dorfgemeinschaftshaus/-treff	Antrag auf ELER-Mittel für die Alte Ahrenloher Schule	09.03.2015 TOP 7	-/-	Der Antrag wurde fristgerecht über das Regionalmanagement der Aktiv-Region Pinneberger Marsch und Geest an das LLUR eingereicht. Voraussichtlich wird Ende April 2015 über die vorliegenden Anträge entschieden. Die Planungen werden am 30.04.2015 mit den möglichen künftigen Nutzern abgestimmt. Laut Mitteilung des LLUR war der Tornescher Antrag vollständig und inhaltlich in Ordnung. Gründe für die Zurückstellung waren u.a. das landespolitische Ranking, bei dem unser Thema „Dorfentwicklung“ nur auf Platz 4 stand. Zudem sind eine Menge Anträge (68) eingereicht worden und die Mittel waren begrenzt. Eine direkte Förderung über die Aktiv-Region Pinneberger Marsch und Geest ist möglich, jedoch ist hier die Fördersumme auf 100.000 € begrenzt. Das Land Schleswig-Holstein wird dieses Jahr noch sog. Leitprojekte u.a. zum Thema „Erhalt des ländlichen Kulturerbes“ fördern. Sobald die Antragsvoraussetzungen bekannt sind, sollte entschieden werden, die Alte Ahrenloher Schule“ evtl. für dieses Programm anzumelden. Es gibt noch zwei mögliche Förderprojekte in diesem Jahr, für welche die alte Schule angemeldet werden könnte. Die Verwaltung bereitet sich auf die Antragstellung vor (Leader aus GAK-Mitteln mit Schwerpunkt Bildung oder „Ländliches Kulturerbe“. Die Ausschreibung für die Sanierung der Schmutz- und Regenwasserleitung befindet sich in der Endabstimmung, so dass mit einem Baubeginn Mitte Juli gerechnet werden kann. **Ein vorzeitiger Abstimmungstermin mit der Prüfbehörde für den Zuwendungsbau findet am 08.09.2015 statt. Die Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein soll bereits im September veröffentlicht werden, um seitens des Landes bereits im November erste Projektauswahlverfahren durchführen zu können. Die Stadt Tornesch wird sich für das Programm „Erhalt des ländlichen Kulturerbes“ bewerben.**
AZV ö-r Vertragung Übertragung Aufgabe Abwasserbeseitigung	Beschlussempfehlung an die RV, die Aufgabe der Abwasserentsorgung auf den AZV zu übertragen (optional)	16.06.2014 TOP 8	Rat 01.07.2014, TOP 8	Die Stadt Tornesch hat den AZV darüber unterrichtet, dass die Stadt Tornesch den Beschluss gefasst hat. Dies ist aber noch nicht in allen Ämtern, Gemeinden und Städten der Fall. **Kein neuer Sachstand, es haben noch nicht alle Kommunen zugestimmt.**
AZV ö-r Vertrag wg. Übertragung der Breitbandaktivitäten zwecks Verkaufs der Sparte	Beschlussempfehlung an die RV, den ö-r Vertrag zur Übertragung der Breitbandsparte zwecks Verkaufs zu schließen	08.09.2014 TOP 9	Rat 07.10.2014	Der Hauptausschuss hat dem ö-r Vertrag einstimmig beschlossen. Der Beschluss der Ratsversammlung steht noch aus. Die Ratsversammlung hat dem Abschluss des ö-r Vertrages zugestimmt. Der Beschluss wurde dem AZV mitgeteilt. **Kein neuer Sachstand, es haben noch nicht alle Kommunen zugestimmt.**
Feuerwehrwesen Erlass einer neuen Feuerwehrgebührensatzung	Empfehlung an die Ratsversammlung, eine neue Feuerwehrgebührensatzung zu beschließen.	**08.06.2015 TOP 8**	**RV 23.06.2015, TOP 8**	**Die Satzung wurde von der Ratsversammlung beschlossen und wurde zwischenzeitlich ausgefertigt und bekannt gemacht. Sie ist im Juli in Kraft getreten.**
Rathaus Sanierung	„Der Hauptausschuss fordert die Verwaltung auf, sowohl die Kosten für eine Rathaussanierung als auch die Kosten für den Neubau eines Rathauses im Ortszentrum (alter Penny-Markt) an Hand von Vergleichsmodellen zu ermitteln. Die gesperrten Haushaltsmittel in Höhe von 30T€ werden freigegeben.“	11.05.2015 TOP 9		Die Stadtverwaltung wird über den Gemeindetag bzw. über den Städtetag nachfragen, welche Rahausbauten in der jüngsten Vergangenheit in Schleswig-Holstein entstanden sind und sich dann mit den Kommunen in Verbindung setzen. Das GLM wird nach den Vorgaben des Hauptausschusses (Dringlichkeiten, Prioritäten) das Konzept für eine Sanierung aufstellen. **Die** Anfrage nach vergleichbaren Verwaltungsneubauten wurde auf Niedersachsen ausgeweitet, aber auch hier liegt keine Antwort vor, so dass bisher nur das Amt Bordesholm als Vergleich herangezogen werden könnte. Der Auftrag zur Untersuchung des Sanierungsumfanges wurde in der 26. KW an das Büro Knaack und Prell aus Hamburg erteilt. **In den benachbarten Bundesländern konnten keine vergleichbaren Verwaltungsneubauten gefunden werden, sondern erst in den Bundesländern Hessen, Saarland und Bayern, so dass nur das**

Schlagwort	Beschluss zum Tagesordnungspunkt/Thema	beraten am	Beteiligung anderer Gremien	Stand des Verfahrens/Beschlussumsetzung
				Rathaus Bordesholm als Vergleich herangezogen werden kann. Das Sanierungskonzept des Büros Knaack und Prell soll im Herbst 2015 vorgelegt werden. Bis dahin setzt sich die Verwaltung noch mit den Verantwortlichen für den Rathausneubau in Bordesholm zusammen.
Ratssitzungsdienst Umstellung auf Tablet PC´s	„Her HA spricht sich grundsätzlich für die Umsetzung des Ratssitzungsdienstes auf Tablet-PC´s aus und bittet die Verwaltung das Projekt weiter voran zu bringen und regelmäßig darüber zu berichten.	08.12.2014 TOP 7	-/-	**I**nzwischen wurde durch Bundesgesetz klargestellt, dass Tablet-PC´s für den Ratssitzungsdienst Ehrenamtlern künftig steuerfrei zur Verfügung gestellt werden dürfen. Ansonsten kein neuer Sachstand. Dieses Jahr fand wieder ein Allris-Anwendertreffen in Schleswig-Holstein statt. Als Ergebnis war festzustellen, dass sich immer mehr Kommunen für die Allris-App entscheiden. CC-egov ist gerne bereit, diese auch in Tornesch vorzustellen. Weiterhin ist geplant, die quartalsmäßigen Sitzungsgeldabrechnungen über das System bereitzustellen. Die jährlichen steuerlichen Bescheinigungen werden jedoch weiterhin ausgedruckt und verteilt. Es wird um Mitteilung gebeten, ob eine Präsentation gewünscht wird. Eine Präsentation wird gewünscht. Der Termin muss noch vereinbart werden. **Für die Präsentation der Sitzungs-App wird Montag, der 05.10.2015, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses vorgeschlagen.**

STADT | TORNESCH
Der Bürgermeister

Stadt Tornesch · Postfach 21 42 · 25437 Tornesch

1)

An den
Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Stefan Studt
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Roland Krügel
Bürgermeister
Wittstocker Str. 7, 25436 Tornesch
Zimmer: 115
Telefon: (0 41 22) 9572 100
Fax: (0 41 22) 9572 111
E-mail: roland.kruegel@tornesch.de
Web: www.tornesch.de

Tornesch, den 01.07.2015

Geplante Schließung der Polizeistation Tornesch

Sehr geehrter Herr Minister Studt,

im Zuge einer Organisationsveränderung ist zum 01.03.2016 geplant, die Polizeistationen Uetersen und Tornesch an den Standort Uetersen zusammen zu legen.

Die Ratsversammlung Tornesch hat sich mit dem Thema in ihrer Sitzung am 23.06.2015 beschäftigt und anliegende Resolution beschlossen. Ich bitte Sie im Namen der Ratsversammlung Tornesch sich gegen die Schließung der Polizeistation Tornesch im Rahmen Ihrer Möglichkeiten einzusetzen.

Diese Resolution übersende ich ebenfalls dem Landtagspräsidenten, Herrn Klaus Schlie, sowie der Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses, Frau MdL Barbara Ostmeier und der Polizeidirektion Bad Segeberg.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage

2) z.V.

Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages

Landtagsverwaltung

An den
Bürgermeister
der Stadt Tornesch
Herrn Roland Krügel
Postfach 2142
25437 Tornesch

Mein Zeichen: L 2 V

Bearbeiterin:
Elsbeth Stoltenberg

Telefon (0431) 988-1101
Telefax (0431) 988-1250
elsbeth.stoltenberg@landtag.ltsh.de

8. Juli 2015

Resolution zur geplanten Schließung der Polizeistation Tornesch
Ihr Schreiben vom 2. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Krügel,

Ihre Resolution habe ich an die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

(Elke Harms)

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

SH

Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres und
Bundesangelegenheiten

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Herrn Bürgermeister
der Stadt Tornesch
Postfach 2142
25437 Tornesch

E. 30/7 /Ri
2-13

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: 01.07.2015
Mein Zeichen: IV 421-10.15
Meine Nachricht vom:

Peter Arp
Peter.Arp@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3162
Telefax: 0431 988 614-3162

28.07.2015

Geplante Schließung der Polizeistation Tornesch

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krügel,

Innenminister Stefan Studt dankt Ihnen für Ihr erneutes Schreiben im Zusammenhang mit den Planungen der Polizeidirektion Bad Segeberg zur Fusion der Polizeistationen in Tornesch und Uetersen und der mit diesem Schreiben übersandten Resolution der Ratsversammlung Tornesch. Darin spricht sich die Ratsversammlung Tornesch gegen die in diesem Rahmen vorgesehene Schließung der Polizeistation Tornesch aus. Er hat mich gebeten, Ihnen darauf zu antworten.

Erlauben Sie mir, dass ich in meiner Antwort auf das Schreiben des Herrn Innenministers vom 16.06.2015 und das in dieser Sache geführte Gespräch Bezug nehme.
Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass Ihnen die Argumente für die Zusammenlegung der Polizeistationen bekannt sind und Sie diese grundsätzlich nachvollziehen können. Diese Gründe haben unverändert Bestand und folgerichtig müssen die Bestrebungen, diesen als richtig erkannten Weg fortzusetzen, nun auch zum Ziel geführt werden.

In der Resolution der Ratsversammlung der Stadt Tornesch wird die Besorgnis formuliert, dass nach Zusammenlegung der beiden Polizeistationen das Sicherheitsempfinden der Einwohnerinnen und Einwohner beeinträchtigt sein könnte. Ich möchte deshalb hervorheben, dass im Zuge dieser Fusion keine einzige Planstelle wegfällt und auch künftig eine an den Erfordernissen orientierte polizeiliche Präsenz in Tornesch gewährleistet bleibt. Auch in der neuen, für beide Städte zuständigen Polizeistation werden dieselben Beamten tätig sein, die zu der bisherigen Polizeistation Tornesch gehörten. Orts- und Personenkenntnis der Beamten bleiben deshalb ebenso erhalten, wie auch die Identifikation mit dem Dienstbezirk – und die neue Polizeistation liegt nur 4 km entfernt. Damit sind auch weiterhin kurze Reaktionszeiten gewährleistet.

Auch wenn ein gewisses Verständnis für die zum Ausdruck gebrachte Besorgnis durchaus gegeben ist, möchte ich umso mehr für Ihr Vertrauen werben. Die Entscheidungsträger bei der Polizei und in der Landesregierung sind sich ihrer Verantwortung für die Menschen

und deren Sicherheit jederzeit bewusst und alle Planungen für Veränderungen erfolgen in eben diesem Bewusstsein. Ziel ist es dabei immer, unter dem Druck zunehmend schwieriger werdender Rahmenbedingungen Anpassungen vorzunehmen, die zukunftsorientiert ein mindestens gleichwertiges Sicherheitsniveau gewährleisten, wie es bisher gegeben war. Dies ist in Schleswig-Holstein vielerorts bereits erfolgreich geschehen und ich bin absolut zuversichtlich, dass das auch in Tornesch und Uetersen gelingt.
Ich bin gleichfalls überzeugt davon, dass die beabsichtigten Maßnahmen keine Auswirkungen befürchteter Art haben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Arp

STADT | TORNESCH

Mitteilungsvorlage	**Vorlage-Nr:**	**VO/15/140**
	Status:	öffentlich
	Datum:	24.08.2015
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Roland Krügel
	Bericht im Rat:	
Büro des Bürgermeisters	Bearbeiter:	Jörg-Andreas Rechter

Haushalt, Entwicklung des Steueraufkommens

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
14.09.2015	Hauptausschuss

Siehe Anlage

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage/n:
Tabelle Stand der Steuerentwicklung 2015, Stichtag 01.09.2015

Stadt Tornesch
Der Bürgermeister
Amt für zentrale Verwaltung und Finanzen
Fachbereich Finanzen

Stand der Steuereinnahmen der Stadt Tornesch am 24. August 2015

Steuerart	Haushaltssoll	Anordnungssoll	Mehreinnahme + Mindereinnahme -	Erläuterung
Grundsteuer A	55.700,00 €	49.539,39 €	-6.160,61 €	
Grundsteuer B	1.858.600,00 €	1.787.525,73 €	-71.074,27 €	Meßbescheiderteilung für Neubaugebiete (Teilbereiche) soll noch erfolgen
Gewerbesteuer	10.500.000,00 €	9.502.533,67 €	-997.466,33 €	Nachzahlungen für Vorjahre sowie entprechende Anpassungen der VZ 2015 wurden angekündigt
Hundesteuer	41.800,00 €	43.982,00 €	2.182,00 €	
Spielgerätesteuer	160.000,00 €	151.181,93 €	-8.818,07 €	
Anteil an der Einkommenssteuer	6.409.100,00 €	3.258.426,00 €	-3.150.674,00 €	Eingang der Zahlung für das 3. + 4. Quartal 2015 steht noch aus
Anteil an der Umsatzsteuer	565.700,00 €	278.456,00 €	-287.244,00 €	Eingang der Zahlung für das 3. + 4. Quartal 2015 steht noch aus

Festgestellt am 24. August 2015

Im Auftrage:

gez. Rechter

STADT | TORNESCH

Mitteilungsvorlage	**Vorlage-Nr:**	**VO/15/138**
	Status:	öffentlich
	Datum:	24.08.2015
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Marion Grün
	Bericht im Rat:	
Bau- und Planungsamt	Bearbeiter:	Marion Grün

Stand der Durchführung wichtiger Bauvorhaben mit Kostenentwicklung, sofern von besonderer Bedeutung, Umsetzung von Bauleitplänen, sofern von besonderer Bedeutung - Stichtag 01.09.2015

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
14.09.2015	Hauptausschuss

Neubaugebiet „Tornesch am See“

Bebauungsplan 65 „ Kuhlenweg – Kreisverkehrsplatz K 22“
Der Endausbau der Straße Seerosenring wird Ende Oktober abgeschlossen sein.
Bebauungsplan 72 „Baumschulenweg – Ahrenloher Straße“
Mit den Hochbaumaßnahmen ist mittlerweile begonnen worden und die öffentlichen Erschließungsmaßnahmen werden mit der Verlegung der Rohrleitungen für die Wärmeversorgung durch die Stadtwerke Tornesch GmbH fortgesetzt.
Bebauungsplan 78 „ Kuhlenweg – Schäferweg“
Die Baustraße konnte nach termingerechter Durchführung der Erschließungsmaßnahmen am 30.07.015 abgenommen werden. In der 34. KW ist im Zanderbogen mir der Errichtung des ersten Einfamilienhauses begonnen worden.
Bebauungsplan 79 „Kuhlenweg – Großer Moorweg“
Die Erschließungsmaßnahmen sind nahezu abgeschlossen, so dass die in den Kaufverträgen zugesicherte Grundstücksübergabe Anfang Oktober erfolgen kann.
Bebauungsplan 82 „Östlich Merlinweg“
Zur Freigabe der Entwurfsplanung zur formalen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange soll am 07.09.2015 im Bau- und Planungsausschuss der Auslegungsbeschluss gefasst werden.

Fahrradgarage am Bahnhof Tornesch
Zum Zeitpunkt der letzten Berichterstattung ist die Stadt noch davon ausgegangen, dass das Land im Rahmen eines seinerzeit noch nicht näher bekannten Förderprogramms die E-Bike-Mobilität verstärkt fördern wird. Die daraufhin angepassten Planungsunterlagen wurden inzwischen jedoch anhand der mittlerweile näher spezifizierten Zuwendungsvoraussetzungen durch den Zuwendungseber Nah.SH beanstandet und für eine erneute Umplanung an die Stadt zurück verwiesen. Die Planungen befinden sich derzeit in der Anpassung durch das Planungsbüro. Nach Erhalt werden diese zur erneuten Prüfung an die Nah.SH weiter geleitet.

Aufzugsanlagen an der Fußgängerbrücke
Das Gutachten im Beweissicherungsverfahren zur Feststellung der Schäden an den Aufzugsanlagen und deren Ursachen liegt seit Anfang Juli zur Stellungnahme allen beteiligen Parteien vor. Sowohl nach Auffassung der Stadt Tornesch als auch anderer Parteien besteht noch Ergänzungs- und Erläuterungsbedarf durch den Sachverständigen. Inwieweit das Landgericht und der Sachverständige diesen Einwänden und Anregungen stattgeben werden ist weder zeitlich noch formal abzusehen. Von daher ist davon auszugehen, dass sich das gesamte Verfahren noch über einen längeren Zeitraum hinziehen wird. Eine Einschätzung der Konsequenzen für die Stadt ist nicht möglich, da diese abhängig von der rechtlichen Würdigung durch das Gericht sind.
Der Stillstand der Aufzüge stellt inzwischen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Tornesch jedoch eine zunehmend belastende Situation dar. Um diese zu entschärfen, soll daher eine kurzfristige Instandsetzung der Aufzuganlagen erfolgen, selbst auf die Gefahr hin, dass die Kosten letztendlich zu Lasten der Stadt gehen könnten.

Straßenausbaumaßnahmen
Norderstraße
Die Ausbaumaßnahme läuft weiterhin unproblematisch und befindet sich im Zeitplan.

An der Kirche
Die Anliegerinformationsveranstaltung hat am 20.05.2015 stattgefunden. Die gesamte Maßnahme wird wegen des Bauvorhabens der Fa. Adlershorst um ca. 1,5 Jahre verschoben. Nach derzeitiger Einschätzung ist Anfang 2018 mit einem möglichen Baubeginn zu rechnen. Die Information der Anwohner wird rechtzeitig im Herbst 2017 erfolgen.

Am Moor
Der Straßenneubau wird im Herbst 2015 im Bau- und Planungsausschuss beraten.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage/n:
Tabelle zum Berichtswesen, Stand 01.09.2015

Bau- und Planungswesen – Stand der Durchführung wichtiger Bauvorhaben mit Kostenentwicklung, sofern von besonderer Bedeutung und Umsetzung von Bauleitplänen, sofern von besonderer Bedeutung – 01.09.2015 -				
Bauleitplanungen				
Planverfahren	**Beschlüsse des Bau- und Planungsausschusses**	**beraten am**	**Stand des Verfahrens**	**weitere Gremien**
Tornesch Am See				
B-Plan 76 Tornesch Am See „südlich Schäferweg“	Aufstellungsbeschluss	04.05.09	Vorplanungsauftrag für die Wasserfläche mit angrenzender Parkanlage vom 06.10.2014 mit Umsetzungsfrist bis Ende 2015	
B-Plan 78 Tornesch Am See „Kuhlenweg-Schäferweg“	Aufstellungsbeschluss Auslegungsbeschluss Satzungsbeschluss	04.05.09 12.05.14 01.09.14	Rechtskraft seit 03.03.2015, Erschließungsmaßnahme kurz vor Fertigstellung	07.10.14
B-Plan 79 Tornesch am See „Kuhlenweg – großer Moorweg“	Aufstellungsbeschluss Auslegungsbeschluss Satzungsbeschluss	04.05.09 03.05.10 07.06.10 12.05.14	Rechtskraft seit 03.03.2015 Erschließungsmaßnahme kurz vor Fertigstellung	01.07.14
B-Plan 82 Tornesch Am See „östlich Merlinweg“	Aufstellungsbeschluss Freigabe zur frztg. Behörden und Öffentlichkeitsbeteiligung Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	07.09.09 02.03.2015 07.09.2015	Frztg. Öffentlichkeitsbeteiligung: 14.04.2015	
Weitere Planverfahren				
B-Plan 81 „alter Sportplatz“	Aufstellungsbeschluss Entwurfsberatung Erster erneuter Auslegungsbeschluss Zweiter erneuter Auslegungsbeschluss Satzungsbeschluss	04.05.09 02.09.13 02.06.14 01.09.14 06.10.2014	Die 2. erneute Auslegung wird gem. § 4a BauGB auf 2 Wochen verkürzt und auf die geänderten Teile beschränkt. Sie wurde aufgrund einer weiteren Stellungnahme des LLUR erforderlich. Fertigstellung der Erschließungs-	09.12.2014 RV

24.08.2015

			maßnahme Ende März 2015	
48. F-Planänderung „südl. Schäferweg, östl. Großer Moorweg“	Aufstellungsbeschluss	06.07.2015		
Hellermann				
B-Plan 52, 4. Änderung u. Erweiterung „Westlich Großer Moorweg“	Aufstellungsbeschluss Auslegungsbeschluss Erneuter Auslegungsbeschluss Satzungsbeschluss	05.11.12 12.05.14 01.09.14 03.11.2014	Nach Personalwechsel in der unteren Forstbehörde ist aufgrund veränderter Walddarstellung eine erneute Auslegung erforderlich. 1. Spatenstich am 31.03.2015 Rechtskraft seit 22.08.2015	09.12.2014 RV
Ortskerngestaltung				
B-Plan 89 „Ortskern“	Aufstellungsbeschluss	07.07.14	Aufteilung des Gesamtgebietes im Geltungsbereich des B-Plan 89 in mehre Teilbereiche mit selbstständigen B-Plänen:	
➢ B-Plan 91 „Ortskern: südl. Friedrichstraße“	Aufstellungsbeschluss	02.02.2015	Überplanung des Gesamtgebietes Ortskern durch das Planungsbüro AC Planergruppe	
➢ B-Plan 92 „Ortskern: Willy-Meyer-Str./ westl. Esinger Str.“	Aufstellungsbeschluss	02.02.2015		
➢ B-Plan 93 „Ortskern: Tornescher Hof/ Bahnhofsplatz“	Aufstellungsbeschluss	02.02.2015		
➢ B-Plan 94 „Ortskern: östl. der Bahn“	Aufstellungsbeschluss	02.02.2015		
B-Plan 6, 2. Änderung „ Klaus-Groth-Str.“ (Tennishalle)	Aufstellungsbeschluss Erneuter Aufstellungsbeschluss u. Freigabe zur frztg. Öffentlichkeitsbeteiligung Auslegungsbeschluss Satzungsbeschluss	04.02.13 02.12.13 03.11.2013 01.06.2015	TÖB: 18.12. – 20.01.14 (06.02.14) Auslegung:13.01. – 13.02.2015	23.06.2015

Bauvorhaben				
Neubau Norderstraße	Umsetzungsbeschluss	02.12.13	Baubeginn 2. Bauabschnitt Wilhelmstraße – Bahntunnel am 23.03.2015	
Neubau der Straße „An der Kirche“	Entwurfsbeschluss und Freigabe zur Anlieger-informationsveranstaltung	30.03.2015	Die Anliegerinformationsveranstaltung findet am 20.05.2015 statt. Zurückstellung der Maßnahme bis zur Beendigung der Hochbaumaßnahme bis 2017	
Energetische Sanierung der „Altern Ahrenloher Schule“	Freigabe der Haushaltmittel zur Fortsetzung der Planung und Beantragung von Mitteln aus der AktivRegion	HA 09.03.15	Antragstellung bei der AktivRegion ist fristgerecht erfolgt, eine Förderquote von 75% ist Voraussetzung für die Sanierung; Aufgrund mangelnder Zuwendung wurde Sanierungsmaßnahme zurückgestellt, das Gebäude wird nur winterfest ertüchtigt.	
Umgestaltung der Fahrradgarage	Umsetzung der Maßnahme in 2015	30.03.2015	Antrag auf Zuwendungen aus dem Landesförderungsprogramm für die Ausweitung der E-Bike-Mobilität > wegen Vorgaben durch den Zuwendungsgeber ist eine erneute Umplanung erforderlich.	
Sonstiges				
Verkehrsgutachten	Öffentlichkeitsbeteiligung Leistungsverzeichnis Beschluss zur Auftragsvergabe Vorstellung erster Ergebnisse Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	01.10.12 04.02.13 01.12.2014 Sommer 2015	Auftrag wurde vergeben an die Wasser- und Verkehrskontor GmbH aus Neumünster Ergebnisse werden im Herbst 2014 erwartet. Zur Entlastung der Kreuzung L 107/ K 20 ist eine Rechtsabbiegerpur aus der Esinger Str zum Bahntunnel zweckmäßig.	
Lärmsanierungsmaßnahmen an Schienenwegen des Bundes	Errichtung einer Lärmschutzwand in der Ortsdurchfahrt Tornesch		Baubeginn 1. Quartal 2016	
Defekt der Aufzugsanlagen der Fußgängerbrücke	Beweissicherungsverfahren zur Feststellung der Eignung des Aufzuges für den Einsatz an der Brücke		Termin für die Begutachtung durch den gerichtlich bestellten Sachverständigen ist am 22.04.2015. Das Ergebnis wird in einem Gutachten zusammengefasst. Von einer Instandsetzung der Aufzugsanlage	

			vor der rechtlichen Würdigung des Gutachtens durch alle Verfahrens-beteiligten ist dringend abzuraten, da möglicherweise weitere Inaugenschein-nahmen erforderlich sind. Das Gutachten liegt seit Anfang Juli vor. Eine Ergänzung des Gutachtens um Aussagen zu konstruktiven Maßnahmen zur Verhinderung erneuter Durchfeuchtung ist notwendig. Instandsetzung der Aufzugsanlagen zur Inbetriebnahme vor dem Verfahrensende vorgesehen.	

STADT | TORNESCH

Beschlussvorlage	**Vorlage-Nr:**	**VO/15/139**
	Status:	öffentlich
	Datum:	24.08.2015
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Roland Krügel
	Bericht im Rat:	Roland Krügel
Amt für zentrale Verwaltung und Finanzen	Bearbeiter:	Sven Reinhold

Wirtschaftsdaten: Betriebsansiedlungen und Investitionsplanungen von Unternehmen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
14.09.2015	Hauptausschuss

Im Berichtszeitraum (Oktober 2014 bis Juli 2015 hat es folgende An-, Um- und Abmeldungen von Betrieben gegeben:

Monat	Anmeldungen	Beschäftigte	Ummeldungen	Beschäftigte	Abmeldungen	Beschäftigte
Oktober	19	45	9	90	6	0
November	8	2	1	0	7	0
Dezember	5	3	1	0	10	5
Januar	5	0	1	0	5	0
Februar	11	17	6	0	7	5
März	17	87	4	0	18	6
April	13	0	2	0	9	0
Mai	8	0	5	0	11	0
Juni	10	7	1	2	8	0
Juli	10	10	3	3	14	0

Die neu gewonnenen Arbeitsplätze sind fast ausschließlich im Businesspark entstanden.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage/n:
keine

STADT | TORNESCH

Mitteilungsvorlage	**Vorlage-Nr:**	**VO/15/136**
	Status:	öffentlich
	Datum:	21.08.2015
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Roland Krügel
	Bericht im Rat:	
Amt für zentrale Verwaltung und Finanzen	Bearbeiter:	Sven Reinhold

Notstromversorgung für den Katastrophenschutz

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
14.09.2015	Hauptausschuss

A: Sachbericht
B: Stellungnahme der Verwaltung
C: Prüfungen: 1. Umweltverträglichkeit
2. Kinder- und Jugendbeteiligung
D: Finanzielle Auswirkungen
E: Beschlussempfehlung

Zu A und B: Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Stromausfälle stellen heutzutage in Industriestaaten ein bedeutendes Problem dar. Zum einen ist das Risiko, dass es zu lang andauernden Stromausfällen kommen kann nach Expertenmeinung erheblich gestiegen, zum anderen ist die Abhängigkeit von der Stromversorgung in den letzten Jahrzehnten ebenfalls größer denn je. Gleichzeitig hat die Selbsthilfefähigkeit der Einwohner und Einwohnerinnen in derartigen Situationen in den vergangenen Jahren tendenziell eher abgenommen. Dies liegt auch an der engen Verknüpfung kritischer Infrastrukturen: Das Ausfallen oder die Beeinträchtigung z.B. der Energie-, Strom- oder Wasserversorgung oder der Kommunikationsstrukturen hat massive und unmittelbare Auswirkungen auf andere kritische Infrastrukturen. Die meisten sozialen Prozesse sind zudem heute technisch durchdrungen und strukturiert.

Der Kreis Pinneberg als untere Katastrophenschutzbehörde bereitet sich mittels Erhebung eines Sonderplans auf die Folgen langanhaltender, flächendeckender Stromausfälle vor. Der Kreis hat die Kommunalverwaltungen aufgefordert, sich über Auswirkungen eines Stromausfalls Gedanken zu machen. Anhand eines Fragenkatalogs wurden in den letzten Monaten erste grundlegende Daten für die Planungen zusammengetragen, darunter u.a.

- die Verfügbarkeit von Notunterkünften, in denen im Falle eines länger anhaltenden Stromausfalles bedürftige Personen untergebracht werden könnten;
- die Notstromversorgung kritischer Infrastruktur wie z.B. Pflegeheimen, Schulen etc.;
- die vorhandenen Kraftstoffvorräte und deren Notstromversorgung bzw. Einspeisemöglichkeit zur Entnahme;
- das Vorhandensein mobiler Notstromaggregate.

Die gesammelten Daten sollen als Basis für Maßnahmenempfehlungen genutzt werden, die der Kreis Pinneberg als Katastrophenschutzbehörde den Kommunen an die Hand geben möchte.

Im Rahmen der Erfassung des Ist-Zustands hat die seitens der Verwaltung gebildete Arbeitsgruppe Missstände insbesondere im Bereich der Notstromversorgung festgestellt. Dies betrifft zum einen Private wie z.B. landwirtschaftliche Betriebe oder Pflegeheime, die zum Teil nicht oder nur unzureichend auf einen langanhaltenden Stromausfall vorbereitet sind. Hier wird in den kommenden Monaten eine Sensibilisierung der Betroffenen geschehen gehen müssen, da vielerorts noch die Meinung besteht, im Falle eines langanhaltenden Stromausfalls werde eine flächendeckende Versorgung durch die Feuerwehr oder Hilfsorganisationen wie das Technische Hilfswerk gewährleistet. Dies ist bei realistischer Betrachtungsweise aber kaum zu erwarten.

Zum anderen ist aber auch die Notstromversorgung wichtiger öffentlicher Einrichtungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend sicher gestellt. Zwar sind in Tornesch Notunterkünfte z.B. in Turnhallen vorhanden, allerdings ist deren Stromversorgung kritisch. Gleiches gilt für die Feuerwachen, die im Falle eines Stromausfalles als wichtige Anlaufstellen und Einsatzzentralen ihren Betrieb aufrechterhalten müssten. Auch das derzeit vorhandene mobile Notstromaggregat der Feuerwehr entspricht nicht mehr den Anforderungen und müsste daher idealerweise durch zwei moderne Aggregate ersetzt werden, um die Versorgung aufrechterhalten zu können.

Die Stadt Tornesch hat die Kosten für eine Nachrüstung der vorhandenen Infrastruktur sowie für die Anschaffung zweier Aggregate durch ein Ingenieurbüro ermitteln lassen. Die Investitionskosten belaufen sich demnach auf 88.500,00 Euro.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die seitens der Verwaltung für sinnvoll erachteten Investitionen auch in den empfohlenen Maßnahmen des Kreises Pinneberg auftauchen werden. Die Verwaltung bittet die Politik allerdings bereits jetzt um Kenntnisnahme der eventuell zu erwartenden Kosten.

Zu C: Prüfungen

1. Umweltverträglichkeit
entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung
entfällt

Zu D: Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus der späteren Entscheidung über zu treffenden Maßnahmen.

Zu E: Beschlussempfehlung

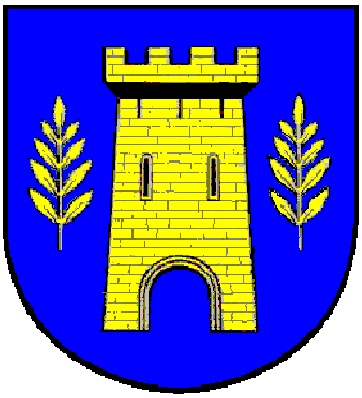
Keine, nur Kenntnisnahme.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage/n:
Untersuchung „Notstromversorgung im Katastrophenschutz“

STADT TORNESCH

Notstromversorgung für den Katastrophenschutz



Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

STADT TORNESCH
Notstromversorgung für den Katastrophenschutz

Inhaltsverzeichnis

Aufgabenstellung 3
IST-Zustand 3
Geplanter Zustand 4
Notstromversorgung Feuerwehr Ahrenlohe 4
Feuerwehr Esingen 4
Sporthalle Johannes-Schwennesen-Schule 5
Fritz-Reuter-Schule 5
Klaus-Groth-Schule Sporthalle I 5
Klaus-Groth-Schule Sporthalle II (neu) 6
Investitionskosten 7
Notstrom Feuerwehr Ahrenlohe 7
Notstrom Feuerwehr Esingen 7
Notstrom Sporthalle JSS 7
Notstrom neue Sporthalle FRS 7
Notstrom FRS 8
Notstrom Sporthalle I KGS 8
Notstrom Sporthalle II (neu) KGS 8

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

STADT TORNESCH
Notstromversorgung für den Katastrophenschutz

Aufgabenstellung

Aufgabenstellung ist die Versorgung der Feuerwachen Ahrenlohe und Esingen, der Fritz-Reuter-Schule (FRS), der Sporthallen I und II (neu) der Klaus-Groth-Schule (KGS) und der Sporthalle der Johannes-Schwennesen-Schule (JSS) mit Notstrom im Katastrophenfall.
Untersucht wurden die Möglichkeiten der Vollversorgung der genannten Gebäude.

IST-Zustand

Die betreffenden Gebäude haben folgende Hausanschlüsse:

Feuerwehr Ahrenlohe Altbau:	63 A
Feuerwehr Ahrenlohe Neubau:	63 A (Umschalter und Anschaltpunkt NETZ-0-NETZERSATZ vorhanden)
Feuerwehr Esingen:	63 A (Umschalter und Anschaltpunkt NETZ-0-NETZERSATZ vorhanden)
Sporthalle JSS:	63 A
Sporthalle FRS:	100 A
Schulgebäude FRS:	63 A (Umschalter und Anschaltpunkt NETZ-0-NETZERSATZ vorhanden)
Kleine Sporthalle KGS:	63 A
Große Sporthalle KGS:	100 A (Umschalter und Anschaltpunkt NETZ-0-NETZERSATZ vorhanden)

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

STADT TORNESCH
Notstromversorgung für den Katastrophenschutz

Geplanter Zustand

Notstromversorgung Feuerwehr Ahrenlohe

Zur Notstromversorgung der Feuerwehr wird ein neues Notstromaggregat mit einer Leistung von 90 kVA - montiert auf einem Einachsfahrgestell - beschafft.
Bei dem Aggregat wird es sich um eine Sonderanfertigung handeln, die es ermöglicht, das Aggregat sowohl mobil (mit Isolationsüberwachung) als auch stationär (ohne Isolationsüberwachung) zur Versorgung der Feuerwache und anderer Gebäude zu nutzen. Die Anschlüsse zur mobilen Nutzung erfolgen über genormte CEE- und SCHUKO-Steckverbindungen. Der Anschluss zur stationären Versorgung erfolgt über spezielle CEE-Steckverbindungen mit Pilotkontakt, wahlweise 63 A oder 125 A.
Das Aggregat ist leistungsmäßig so ausgelegt, dass eine Vollversorgung der gesamten Feuerwache problemlos möglich ist.
Die Lagerung des Aggregates sollte innerhalb des Gerätehauses der Feuerwache Ahrenlohe erfolgen. Der Anschluss für die Noteinspeisung (125A, jetzt 63 A) mit dem Umschalter NETZ-0-NETZERSATZ wird sich an gleicher Stelle wie der vorhandene Anschluss befinden. Da die Gebäude über zwei getrennte Hauseinspeisungen verfügen, wird die Schaltung so aufgebaut, dass die Gebäude ausschließlich bei Netzersatzbetrieb zusammengeschaltet werden können, sodass nur ein Anschaltpunkt für die Notstromversorgung notwendig ist.

Feuerwehr Esingen

Der Umschalter NETZ-0-NETZERSATZ befindet sich im Hausanschlussraum im Keller, der Anschaltpunkt in der äußersten rechten Fahrzeughalle.

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

Aus Gründen der Kompatibilität empfiehlt sich die Beschaffung eines baugleichen Aggregates wie bei der Feuerwehr Ahrenlohe.

Sporthalle Johannes-Schwennesen-Schule

Zur Notstromversorgung der Sporthalle ist die Umschalteinrichtung NETZ-0-NETZERSATZ neben der Zählerverteilung im Hausanschlussraum zu montieren. Der Anschaltpunkt sollte sich an der Außenwand des Hausanschlussraumes befinden. Überlegenswert ist auch, eine Notstromversorgungsleitung zu der in unmittelbarer Nähe gelegenen Feuerwache Esingen herzustellen. Das hätte den Vorteil, das Feuerwache und Sporthalle im Katastrophenfall gleichzeitig von einem Aggregat aus versorgt werden könnten.

Fritz-Reuter-Schule

Mit dem vorhandenen Notstromanschluss kann die komplette Schule inkl. der alten Sporthalle versorgt werden. Für die Notstromversorgung der neuen Sporthalle, ist eine Umschalteinrichtung NETZ-0-NETZERSATZ und ein neuer Anschaltpunkt außen am Gebäude zu installieren. Das beschriebene 90 kVA Aggregat ist leistungsmäßig in der Lage, eine Vollversorgung der kompletten Schule und der Sporthalle mit Notstrom zu gewährleisten.

Klaus-Groth-Schule Sporthalle I

Zur Notstromversorgung der Sporthalle ist eine Umschalteinrichtung NETZ-0-NETZERSATZ neben der Zählerverteilung im Hausanschlussraum zu montieren, wo sich auch auf Grund der guten Zugänglichkeit der Anschaltpunkt befinden könnte.

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

STADT TORNESCH
Notstromversorgung für den Katastrophenschutz

Das beschriebene 90 kVA Aggregat ist leistungsmäßig in der Lage, eine Vollversorgung der kompletten Sporthalle mit Notstrom zu gewährleisten.

Klaus-Groth-Schule Sporthalle II (neu)

Eine Umschalteinrichtung NETZ-0-NETZERSATZ ist bereits installiert. Es fehlt der Anschaltpunkt, dessen örtliche Lage noch zu klären währe.
Das beschriebene 90 kVA Aggregat ist leistungsmäßig in der Lage, eine Vollversorgung der kompletten Sporthalle mit Notstrom zu gewährleisten.

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

STADT TORNESCH
Notstromversorgung für den Katastrophenschutz

Investitionskosten

Notstrom Feuerwehr Ahrenlohe

1.	Notstromaggregat 90 kVA Fahrgestell mit höhenverstellbarer Zugdeichsel Vorrichtung für Betriebsarten mobil/stationär	39.000,00 €
2.	Umbau Verteilungen und Verbindungsleitung inkl. Umschalteinrichtung und Anschaltpunkt	3.000,00 €
	Summe	42.000,00 €

Notstrom Feuerwehr Esingen

1.	Notstromaggregat 90 kVA Fahrgestell mit höhenverstellbarer Zugdeichsel Vorrichtung für Betriebsarten mobil/stationär	39.000,00 €
2.	Umbau/Anpassung Anschaltpunkt	400,00 €
	Summe	39.400,00 €

Notstrom Sporthalle JSS

1.	Umbau Verteilung inkl. Umschalteinrichtung und Anschaltpunkt	1.500,00 €

Notstrom neue Sporthalle FRS

1.	Umbau Verteilung inkl. Umschalteinrichtung und Anschaltpunkt	2.500,00 €

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

STADT TORNESCH
Notstromversorgung für den Katastrophenschutz

Notstrom FRS

1.	Umbau/Anpassung Anschaltpunkt	400,00 €

Notstrom Sporthalle I KGS

1.	Umbau Verteilung inkl. Umschalteinrichtung und Anschaltpunkt	1.500,00 €

Notstrom Sporthalle II (neu) KGS

1.	Errichtung Anschaltpunkt	1.200,00 €

Investitionskosten (Brutto)	**88.500,00 €**

Marnerdeich, 16.07.2015

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann

Dipl.- Ing. Andreas Mühlmann • Ingenieurbüro für Elektrotechnik
Norderstr.1 • 25709 Marnerdeich • Tel.: 04851/85191 • Fax.:04851/957880 • EMAIL: ibmuehlmann@t-online.de

STADT | TORNESCH

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	VO/15/143
	Status:	öffentlich
	Datum:	25.08.2015
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Roland Krügel
	Bericht im Rat:	
Büro des Bürgermeisters	Bearbeiter:	Inga Ries

Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungen und Aufsichtsratgremien öffentlicher Unternehmen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
14.09.2015	Hauptausschuss

A: Sachbericht
B: Stellungnahme der Verwaltung
C: Prüfungen: 1. Umweltverträglichkeit
2. Kinder- und Jugendbeteiligung
D: Finanzielle Auswirkungen
E: Beschlussempfehlung

Zu A und B: Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Das „Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein“ (das sogenannte Transparenzgesetz“) wurde vom Landtag verabschiedet und ist zwischenzeitlich in Kraft getreten. Die neuen Regelungen sind erstmalig auf Jahresabschlüsse nach dem 31.12.2014 beginnenden Geschäftsjahre anzuwenden. D.h. eine Veröffentlichungspflicht besteht bereits für die Geschäftsabschlüsse 2015, die Anfang 2016 erstellt werden. Durch die Änderung der Gemeindeordnung und dem Gesetz über kommunale Zusammenarbeit betrifft das Gesetz auch die Stadt Tornesch. Die Angaben sollen in den jeweiligen Jahresabschlussberichten und auf der Homepage des Finanzministerium Schleswig-Holstein veröffentlicht werden.

Der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft –VSHEW- hat Herrn Prof. Dr. Arndt von der Kanzlei Weissleder & Ewer, Kiel, beauftragt, das Gesetz juristisch zu bewerten. Die Anmerkungen von Herrn Prof. Dr. Arndt sind dieser Vorlage beigefügt.

Zusammenfassend lässt sich für Tornesch sagen,

- dass die Eigenbetriebe Abwasserbetrieb Tornesch, Grundstücksgesellschaft Tornesch und Grundstücksgesellschaft Sportpark Tornescht durch die Änderung des § 97 Abs. 1 GO,
- und dass die Stadtwerke Tornesch GmbH und die Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH durch die Änderung des § 102 GO

betroffen sind.

Die Zweckverbände Schulzweckverband Tornesch – Uetersen und Volkshochschule Tornesch – Uetersen sind durch die Änderung des § 14 GKZ nicht betroffen, da sie nicht überwiegend wirtschaftlich tätig sind.

Bei den Eigenbetrieben wirkt die Gemeindeordnung unmittelbar. Betroffen von der Offenlegungspflicht sind jeweils der Werkleiter und mit Mitglieder des Werkausschusses. Bei allen Eigenbetrieben ist der Bürgermeister laut Betriebssatzung Werkleiter. Für diese Aufgaben erhält er keine Aufwandsentschädigung. Die Aufgaben der Werkausschüsse sind dem Finanzausschuss zugeordnet. Hierfür bekommen die Mitglieder ihr normales Sitzungsgeld gemäß Entschädigungsverordnung. Eine Zuordnung des Sitzungsgeldes zu den Eigenbetrieben erscheint nicht möglich.

Anders sieht es bei den Stadtwerken Tornesch GmbH und bei der Enkelgesellschaft Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH aus. Hier kann die Gemeindeordnung nicht unmittelbar wirken. Laut Prof. Dr. Arndt richtet sich die Änderung der GO an die Stadt als Gesellschafter. Sie hat als Gesellschafter darauf hinzuwirken, dass im Gesellschaftervertrag Offenlegungsregelungen enthalten sind. In den Gesellschafterverträgen und Stadtwerke Tornesch GmbH und der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH sind keine Offenlegungsregelungen enthalten. Für die GmbH ergibt sich die Offenlegungspflicht **ausschließlich** aus dem Gesellschaftervertrag. Der Hauptausschuss sollte daher seinen kommunalen Gesellschafter die Weisung erteilen, den Antrag zu stellen, den Gesellschaftervertrag um eine GO-konforme Offenlegungsregelung zu erweitern und eine Abstimmung darüber herbeizuführen. .
Das gleiche gilt für die kommunalen Gesellschafter der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH. „Bei einer mittelbaren Beteiligung haben die kommunalen Gesellschafter auf ihre Tochtergesellschaft derart einzuwirken, dass diese ihre Rechte in der Gesellschafterversammlung so wahrnimmt, dass der Gesellschaftsvertrag der Enkelgesellschaft den Vorgaben der Gemeindeordnung entspricht.“ Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH sind die kommunalen Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke Tornesch. Auch sie sollten angehalten werden, den Gesellschaftsvertrag der Gemeindeordnung entsprechend anzupassen.

Die Offenlegungspflicht gilt auch für die beiden Geschäftsführer der Stadtwerke Tornesch GmbH und für den Geschäftsführer der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH. Hierfür müssten die Anstellungsverträge jedoch geändert werden bzw. ggfs. die Gesellschafterverträge entsprechend ergänzt werden. Eine Pflicht seitens der jetzigen Geschäftsführer, einer Vertragsänderung zuzustimmen, besteht nicht. Die Stadt tut ihrer Pflicht genüge, auf eine Anpassung der Vorgaben hinzuwirken. Führt dieses nicht zum Ziel, kann ihr das nicht zu Last gelegt werden.

Zu C: Prüfungen

1. Umweltverträglichkeit
entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung
entfällt

Zu D: Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten
entfällt

Zu E: Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss weist den kommunalen Gesellschafter der Stadtwerke Tornesch GmbH an, den Antrag in der Gesellschafterversammlung zu stellen, den Gesellschaftervertrag dahingehend zu ändern, dass er den Vorgaben des § 102 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein entspricht und hierüber abstimmen zu lassen.
Die kommunalen Gesellschafter in der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH sollen ebenfalls darauf hinwirken, dass auch für diese GmbH eine Regelung zur Offenlegung der Bezüge in den Gesellschaftervertrag eingearbeitet wird.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage:

- Anmerkung von Herrn Prof. Dr. Arndt im Auftrag des VSHEW

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

Anmerkung

zum Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen in Schleswig-Holstein

Verfasser: Prof. Dr. Arndt,
Kanzlei Weissleder & Ewer, Kiel

Reinbek, 3.7.2015

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

Anmerkung zum Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen in Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat am 19.06.2015 das „Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen in Schleswig-Holstein" beschlossen. Das Gesetz wird in Kürze verkündet werden und tritt dann am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Es enthält Regelungen für öffentliche Unternehmen, und zwar

- in Artikel 1 – der Änderung der Landeshaushaltsordnung – für privatrechtliche Unternehmen, an denen das Land Schleswig-Holstein beteiligt ist,
- in Artikel 2 – dem so genannten Vergütungsoffenlegungsgesetz (VergütungsOG) – für landesunmittelbare Körperschaften, Stiftungen oder Anstalten des öffentlichen Rechts (also zum Beispiel das UKSH als Anstalt des öffentlichen Rechts),
- in Artikel 3 – der Änderung des Sparkassengesetzes – für Sparkassen,
- in Artikel 4 – der Änderung der Gemeindeordnung (GO) – für öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Unternehmen von Gemeinden, Städten, Ämtern und Kreisen,
- in Artikel 5 – der Änderung des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit – für unternehmerisch tätige Zweckverbände.

Die folgende Handreichung soll die wichtigsten Fragen beantworten, die sich für die Praxis der kommunalen Unternehmen bei der Anwendung des Gesetzes stellen, wobei der Schwerpunkt auf die kommunalen Unternehmen gelegt wird und damit auf die Artikel 4 und 5 des Gesetzes.

1. Für welche Unternehmen gilt die Offenlegungsregelung?

Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen die Bezüge von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremiumsmitgliedern offengelegt werden von:

- Eigenbetrieben im Sinne der Eigenbetriebsverordnung (dazu dient die Änderung des § 97 Abs. 1 GO),
- eigenbetriebsähnlichen Unternehmen (z.B. Abwasserbeseitigungsbetriebe nach § 101 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 GO; auch das erfolgt nach § 97 Abs. 1 GO),
- privatrechtlichen Gesellschaften (z.B. GmbH, Aktiengesellschaft, GmbH & Co. KG) mit kommunaler Anteilsmehrheit (dazu dient die Änderung des § 102 GO),
- Kommunalunternehmen (Anstalten des öffentlichen Rechts; dazu dient die Änderung des § 106 a GO).

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

2. Für welche privatrechtlichen Gesellschaften gilt die Offenlegungsregelung?

Die Bezüge der Geschäftsführungsorgane und der Mitglieder von Aufsichtsgremien privater Gesellschaften sollen offengelegt werden, wenn einer Gemeinde (einer Stadt, einem Amt, einem Kreis oder einem Zweckverband)

- alleine
- oder zusammen mit anderen Gemeinden, Kreisen, Ämtern oder Zweckverbänden
- oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 % der Anteile an der betreffenden Gesellschaft gehören, und zwar
- unmittelbar
- oder mittelbar.

Die Offenlegungsregelung erstreckt sich damit auch auf kommunale Enkel- oder Urenkelgesellschaften.

Beispiele: Offengelegt werden sollen beispielsweise die Bezüge von Geschäftsführungsorganmitgliedern oder Aufsichtsgremiumsmitgliedern einer GmbH oder Aktiengesellschaft, deren Anteile

a) vollständig der Stadt S gehören („Tochtergesellschaft"),

b) je zu einem Drittel den Gemeinden A, B, und C gehören,

c) zu 51 % der Stadt S und zu 49 % einem privaten Anteilseigner gehören,

d) zu je 25 % den Gemeinden A, B und C und einem privaten Anteilseigner gehören,

e) zu je 17 % den Gemeinden A, B und C und zu 49 % einem privaten Anteilseigner gehören,

f) zu je 16 % den Gemeinden A, B und C, zu 3 % dem Land und zu 49 % einem privaten Anteilseigner gehören.

g) vollständig der S-GmbH gehören, deren alleinige Gesellschafterin wiederum die Stadt S ist („Enkelgesellschaft"),

h) vollständig der S-GmbH gehören, deren Gesellschafter wiederum zu 51 % die Stadt S und zu 49 % ein privater Anteilseigner sind,

i) zu 49 % einem privaten Anteilseigner und zu 51 % der S-GmbH gehören, deren alleinige Gesellschafterin wiederum die Stadt S ist,

j) vollständig der ABC-GmbH gehören, deren Gesellschafterinnen wiederum je zu einem Drittel die Gemeinden A, B und C sind,

k) vollständig der ABC-GmbH gehören, deren Gesellschafter wiederum zu je 25 % die Gemeinden A, B und C und ein privater Anteilseigner sind,

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

l) je zur Hälfte der A-GmbH und der B-GmbH gehören, deren jeweilige Alleingesellschafter wiederum die Gemeinden A und B sind,

m) zu 49 % einem privaten Anteilseigner und zu 51 % der ABC-GmbH gehören, deren Gesellschafterinnen wiederum zu je einem Drittel die Gemeinden A, B und C sind,

n) vollständig der S-Versorgungs-GmbH gehören, deren alleinige Gesellschafterin die S-GmbH ist, deren alleinige Gesellschafterin wiederum die Stadt S ist („Urenkelgesellschaft"),

o) zu 49 % einem privaten Anteilseigner und zu 51 % der S-Versorgungs-GmbH gehören, deren alleinige Gesellschafterin die S-GmbH ist, deren alleinige Gesellschafterin wiederum die Stadt S ist,

p) vollständig der S-Versorgungs-GmbH gehören, deren Gesellschafter wiederum zu 49 % ein privater Anteilseigner und zu 51 % die S-GmbH sind, wobei alleinige Gesellschafterin der S-GmbH die Stadt S ist.

Eine mittelbare kommunale Mehrheitsbeteiligung an einer Gesellschaft kann auch vorliegen, wenn die Beteiligung einzelner Kommunen über eine Zwischengesellschaft vermittelt wird, an der nur eine kommunale Minderheitsbeteiligung vorliegt:

q) Gesellschafter der ST-GmbH sind die Stadt S die T-GmbH zu je 50 %. Gesellschafter der T-GmbH sind die Stadt T und ein privater Anteilseigner ebenfalls je zur Hälfte. An der ST-GmbH besteht rechnerisch eine kommunale Anteilsmehrheit von 75 %, obwohl an der T-GmbH keine kommunale Anteilsmehrheit besteht.

r) Gesellschafter der ABC-GmbH sind die Gemeinden A und B zu je 25 % und die C-GmbH zu 50 %. Gesellschafter der C-GmbH wiederum sind zu 25 % die Gemeinde C und zu 75 % ein privater Anteilseigner. An der ABC-GmbH halten alle Gemeinden zusammen eine rechnerische Mehrheit von 62,5 %, obwohl an der C-GmbH eine kommunale Minderheitsbeteiligung besteht.

s) Gesellschafter der ABC-GmbH sind je zu einem Drittel die A-GmbH, die B-GmbH und die Gemeinde C. Gesellschafter der A-GmbH bzw. der B-GmbH sind zu einem Drittel die Gemeinden A bzw. B; die restlichen zwei Drittel der Anteile der A- und der B-GmbH hält ein privater Anteilseigner zu zwei Dritteln. An der ABC-GmbH besteht rechnerisch ein kommunaler Anteil von 55,56 %, obwohl zwei Drittel der Geschäftsanteile nicht kommunal beherrscht werden.

Ansatzpunkt der Neuregelung ist nämlich nicht die operative Beherrschung der privatrechtlichen Gesellschaft durch die Kommunen, sondern das hinter der GmbH steckende kommunale Kapital. In den genannten Fällen q bis s besteht die Offenlegungspflicht nur die Beteiligung an den mehrheitlich kommunalen Gesellschaften (ST-GmbH und ABC-GmbH), nicht an den Gesellschaften ohne kommunale Mehrheitsbeteiligung.

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

3. Für welche Personen in diesen Unternehmen gilt die Offenlegungspflicht?

Offenzulegen sind die Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsorganen bzw. Aufsichtsgremien. Das erstreckt sich für die einzelnen Unternehmensformen auf die folgenden Personen:

Unternehmensform	Geschäftsführungsorgan	Aufsichtsgremium
Aktiengesellschaft	Mitglieder des Vorstands	Mitglieder des Aufsichtsrates
GmbH	Geschäftsführer	Mitglieder des Aufsichtsrates Besteht ein als Beirat o.ä. bezeichnetes Organ, sind die Bezüge offenzulegen, wenn dem Beirat aufsichtsratstypische Kontrollbefugnisse gegenüber der Geschäftsführung zukommen.
GmbH & Co. KG	Geschäftsführer der Komplementär-GmbH	Mitglieder des Aufsichtsrates Besteht ein als Beirat o.ä. bezeichnetes Organ, sind die Bezüge offenzulegen, wenn dem Beirat aufsichtsratstypische Kontrollbefugnisse gegenüber der Geschäftsführung zukommen.
Eigenbetrieb	Werkleiter	Mitglieder des Werkausschusses
eigenbetriebsähnlicher Regiebetrieb	Betriebsleiter (Werkleiter)	Mitglieder des zuständigen Ausschusses (Werkausschuss, Betriebsausschuss, ggf. zuständiger Fachausschuss oder – wenn kein Ausschuss vorhanden ist – der Gemeindevertretung)
Kommunalunternehmen	Mitglieder des Vorstands	Mitglieder des Verwaltungsrates
wirtschaftlich tätiger Zweckverband	Verbandsvorsteher	Mitglieder der Verbandsversammlung

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

4. Was ist auf welche Weise offenzulegen?

Die gesetzliche Regelung sieht zwei Stufen der Offenlegung vor.

Auf der **Internetseite des Finanzministeriums** sind zu veröffentlichen:

- die Gesamtbezüge der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans,
- die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsgremiums.

Aus welchen Komponenten die Bezüge bestehen und welche Mitglieder wie hohe Bezüge erhalten haben, ist auf der Internetseite des Finanzministeriums nicht zu veröffentlichen.

Darüber hinaus sind im **Anhang zum Jahresabschluss** neben den Gesamtbezügen der Mitglieder des Geschäftsführungs- und des Aufsichtsorgans (Pflichtangaben nach § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuchs (HGB)) anzugeben:

- eine Aufgliederung der Gesamtbezüge der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans nach den in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a HGB genannten Komponenten,

- eine Aufgliederung der Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsgremiums nach den in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a HGB genannten Komponenten,

- die Bezüge jedes einzelnen, namentlich zu benennenden Geschäftsführungsorganmitglieds unter Aufgliederung nach den in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a genannten Komponenten,

- die Bezüge jedes einzelnen, namentlich zu benennenden Aufsichtsgremiumsmitglieds unter Aufgliederung nach den in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a genannten Komponenten.

Die einzelnen Komponenten der Bezüge sind nach § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a HGB

- erfolgsunabhängige Komponenten,
- erfolgsbezogene Komponenten,
- Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Zu veröffentlichen sind auch Zusagen für den Fall des Ausscheidens; § 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GO ist insoweit § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Doppelbuchstaben aa bis dd HGB nachgebildet).

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

5. Ab wann gilt die Offenlegungspflicht?

Die neuen Regelungen sind „erstmals auf Jahres- und Konzernabschlüsse für das nach dem 31.12.2014 beginnende Geschäftsjahr" anzuwenden. Unterstellt man für den Regelfall, dass das Geschäftsjahr das Kalenderjahr ist, dann greifen die Regelungen bereits für den Jahresabschluss für das laufende Geschäftsjahr 2015, der im Laufe des Jahres 2016 erstellt wird.

6. Gilt die Offenlegungspflicht kraft Gesetzes?

Kraft Gesetzes gilt die Offenlegungspflicht nur für **Eigenbetriebe** und **eigenbetriebsähnliche Einrichtungen.** Sie werden durch § 97 Abs. 1 GO unmittelbar verpflichtet.

Privatrechtliche Gesellschaften mit kommunaler Anteilsmehrheit werden durch die Änderungen der Gemeindeordnung nicht unmittelbar verpflichtet. Vielmehr richtet sich die Änderung der Gemeindeordnung an die Gemeinden (auch an die Städte, Ämter, Kreise und Zweckverbände), die an der jeweiligen Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Sie haben als Gesellschafter darauf hinzuwirken, dass im Gesellschaftsvertrag Offenlegungsregelungen enthalten sind. Künftig darf sich eine Gemeinde nur dann an einer mehrheitlich kommunalen GmbH beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag die Offenlegungspflicht geregelt ist. Für die GmbH ergibt sich die Offenlegungspflicht ausschließlich aus dem Gesellschaftsvertrag.

Für **Kommunalunternehmen** (Anstalten des öffentlichen Rechts) ergibt sich die Offenlegungspflicht ebenfalls nicht unmittelbar aus der Gemeindeordnung. Vielmehr verpflichte die Gemeindeordnung nur die betreffende Gemeinde dazu, in der Satzung des Kommunalunternehmens eine entsprechende Regelung zu verankern.

7. Gilt die Offenlegungspflicht auch für bestehende Gesellschaften?

Die Offenlegungspflicht soll auch in bereits bestehenden Gesellschaften umgesetzt werden. Die Gemeinden haben darauf hinzuwirken, die bestehenden Gesellschaftsverträge an die Vorgaben der neuen Regelungen in der Gemeindeordnung anzupassen.

Die Hinwirkungspflicht verdichtet sich in den Fällen, wo eine Gemeindealleingesellschafterin ist oder eine GmbH ausschließlich kommunale Gesellschafter hat, zu einer Vertragsänderungspflicht, das gilt von den oben genannten Beispielen in den Fällen a und b.

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

In gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaften haben die kommunalen Gesellschafter eine Änderung des Gesellschaftsvertrags zu beantragen und eine Abstimmung darüber herbeizuführen. Sie haben dann im Sinne der Vorschriften der Gemeindeordnung abzustimmen und sich gegebenenfalls mit ihrer Stimmenmehrheit gegen die privaten Mitgesellschafter durchzusetzen, das gilt oben in den Fällen c, d, e und f.

In den Fällen einer mittelbaren Beteiligung (z.B. bei einer Enkelgesellschaft) haben die kommunalen Gesellschafter auf ihre Tochtergesellschaft derart einzuwirken, dass diese ihre Gesellschafterrechte in der Enkelgesellschaft so wahrnimmt, dass der Gesellschaftsvertrag der Enkelgesellschaft den Vorgaben der Gemeindeordnung entspricht. Stehen am Ende der Gesellschafterkette wiederum ausschließlich kommunale Gesellschafter, verdichtet sich auch hier die Hinwirkungspflicht zu einer Vertragsänderungspflicht, das gilt oben in den Fällen g, j, l und n.

Ansonsten hat die Kommune auch hier in der Gesellschafterversammlung der zwischengeschalteten Ebene darauf hinzuwirken, dass auf der unteren Ebene entsprechende Beschlüsse gefasst werden. Ob die Änderung des Gesellschaftsvertrags bei Enkel- oder Urenkelgesellschaften im Ergebnis gelingt, hängt jedoch davon ab, wie auf bestimmten Zwischenstufen die Mehrheitsverhältnisse sind,

In den Fällen q bis s können die Gemeinden die Anpassungen nicht gegen den Willen der privaten Mitgesellschafter durchsetzen. Sie haben aber gleichwohl auf die Anpassung hinzuwirken, also eine Abstimmung über eine Änderung des Gesellschaftsvertrags herbeizuführen und sich selbst im Sinne der gesetzlichen Regelung zu verhalten.

Beteiligt sich eine Gemeinde neu an einer bestehenden Gesellschaft, müssen die Bezüge spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach dem Erwerb der Beteiligung individualisiert ausgewiesen werden.

Beispiel: Im Jahr 1 vereinbart eine Gemeinde, dass sie ab dem Beginn des. des Jahres 2 (zugleich Beginn des neuen Geschäftsjahres) einer bereits bestehenden GmbH angehört, die nunmehr mehrheitlich kommunal wird. Der Gesellschaftsvertrag braucht nicht bereits für das Jahr 2 eine Offenlegung vorzusehen, sondern erst für das zweite Geschäftsjahr nach dem Erwerb, also das Jahr 3. Im Jahresabschluss, der im Laufe des Jahres 4 erstellt wird, sind daher die individuellen Ausweisungen vorzunehmen.

8. Was passiert, wenn die Gemeinden ihrer Anpassungspflicht nicht genügen?

Für die privatrechtlichen Gesellschaften verbleibt es bis dahin bei den allgemeinen gesellschaftsrechtlichen Regelungen. Es gilt also weiterhin nur die Veröffentlichungspflicht aus § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a HGB (Veröffentlichung der Ge-

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

samtbezüge im Anhang zum Jahresabschluss). In „vorauseilendem Gehorsam" braucht die GmbH den gesetzlichen Vorgaben nichtnachzukommen; die (mehrheitlich kommunale) Gesellschafterversammlung darf die Geschäftsführung aber selbstverständlich anweisen, sich entsprechend zu verhalten.

Die Gemeinden müssen allerdings damit rechnen, dass die Kommunalaufsicht auf die Anpassungen dringt und ggf. eine Anordnung nach § 124 GO erlässt, wonach die Gemeinde auf eine Änderung der die Gemeinde dann nachzukommen hat.

9. Was passiert, wenn sich die GmbH der Offenlegungspflicht widersetzt?

Sofern die Offenlegungspflicht im Gesellschaftsvertrag verankert ist, verletzten die verantwortlichen Organmitglieder der GmbH ihre Pflicht aus dem Gesellschaftsvertrag. Eine Ordnungswidrigkeit nach § 334 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe d HGB liegt jedoch nur vor, wenn die GmbH auch ihre gesetzlichen Offenlegungspflichten verletzt.

Ein Beanstandungs- oder Anordnungsrecht der Kommunalaufsicht gegen eine kommunale GmbH gibt es nicht; allenfalls könnte die Kommunalaufsicht die Kommunen anhalten, auf die Einhaltung des Gesellschaftsvertrags zu achten, weil andernfalls die kommunalrechtlichen Voraussetzungen für die Beteiligung an der GmbH nicht mehr gegeben sind.

10. Müssten die Anstellungsverträge von Vorständen oder Geschäftsführern geändert werden, um die Vergütung offenzulegen?

Das lässt sich pauschal nicht beantworten, weil es auf die Formulierungen im Geschäftsführervertrag ankommt. Im Ergebnis wird man wie folgt differenzieren können:

- Sofern im Geschäftsführervertrag Vertraulichkeits- oder Geheimhaltungsklauseln enthalten sind, bedarf die Veröffentlichung in dem Umfang, wie die Gemeindeordnung sie jetzt verlangt, einer Änderung des Anstellungsvertrages. Denn damit ist eine Veröffentlichung über das von § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB genannte Maß hinaus nicht gedeckt. Die Gemeindeordnung verpflichtet den Geschäftsführer nicht unmittelbar und kann daher eine vertragliche Vertraulichkeitsklausel nicht durchbrechen.

- Sofern der Geschäftsführervertrag eine Veröffentlichung in einem Umfang vorsieht, der zwar über § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB hinausgeht, aber hinter den Vorstellungen der Gemeindeordnung zurückbleibt, müsste der Geschäftsführervertrag ebenfalls geändert werden, um eine Veröffentlichung nach den Vorgaben der Gemeindeordnung zu erreichen.

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

- Sofern der Geschäftsführervertrag für die Veröffentlichung der Geschäftsführerbezüge auf „die gesetzlichen Bestimmungen" verweist, ist ebenfalls eine Änderung des Anstellungsvertrags erforderlich. Denn die Gemeindeordnung wird man in diesem Zusammenhang nicht zu den gesetzlichen Bestimmungen rechnen können, weil sie keine Pflichten des Geschäftsführers begründen, sondern lediglich eine Pflicht der Gemeinde dahin, wie sie einen Gesellschaftsvertrag auszugestalten hat.

- Sofern der Geschäftsführervertrag für die Veröffentlichung der Bezüge auf dem Gesellschaftsvertrag verweist, dürfte hingegen eine bewusste dynamische Verweisung vorliegen. Änderungen des Gesellschaftsvertrags ziehen automatisch eine Veränderung der Rechte und Pflichten des Geschäftsführers nach sich. Dann wird der Anstellungsvertrag nicht geändert werden müssen.

Sofern der Geschäftsführervertrag keine besonderen Regelungen über die Vertraulichkeit oder die Veröffentlichung von Bezügen enthält, wird eine Vertragsänderung dann nicht erforderlich sein, wenn der Anstellungsvertrag allgemein für die Rechte und Pflichten des Geschäftsführers – jedenfalls auch – auf den Gesellschaftsvertrag verweist.

> Beispiel: „Für die Rechte und Pflichten des Geschäftsführers gelten die gesetzlichen Bestimmungen und die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags."

Denn die gesellschaftsvertraglichen Bestimmungen gehen als die spezielleren Regelungen den gesetzlichen Bestimmungen vor. Das gilt insbesondere, wenn der Gesellschaftsvertrag Rechte oder Pflichten normiert, die über die gesetzlichen Rechte oder Pflichten hinausgehen. Auch in einem solchen Fall bedarf es daher keiner Änderung des Geschäftsführeranstellungsvertrages.

11. Muss der Geschäftsführer der Änderung seines Anstellungsvertrags zustimmen?

Eine Pflicht, einer Vertragsänderung zuzustimmen, dürfte nicht bestehen, sofern nicht im Anstellungsvertrag selbst vorgesehen ist, dass die Vertragsparteien Vertragsänderungen zur Anpassung an Vorgaben des Gemeindewirtschaftsrechts zuzustimmen haben. Darüber hinaus könnte sich eine Anpassungspflicht lediglich aus der Treuepflicht des Geschäftsführers gegenüber der Gesellschaft ergeben. Das allerdings würde voraussetzen, dass die GmbH ihrerseits oder auch ein Gesellschafter gegen zwingende gesetzliche Bestimmungen verstoßen sollte, falls die Vertragsänderung unterbleibt. Das ist jedoch jedenfalls bei einer GmbH nicht der Fall. Denn die Gemeinden sind lediglich verpflichtet, auf eine Anpassung an die Vorgaben des § 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GO hinzuwirken; gereicht diese Hin-

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft

wirkung nicht zum Erfolg, verstößt die Gemeinde nicht gegen ihre kommunalrechtlichen Pflichten. Ein Geschäftsführer-Anstellungsvertrag, der einer Veröffentlichung seiner Bezüge entgegensteht, dürfte ein rechtliches Hindernis sein, das der Umsetzung des gesetzgeberischen Ziels entgegensteht.

Sobald ein Geschäftsführer-Anstellungsvertrag verlängert oder neu abgeschlossen wird, ist die Gemeinde jedoch gehalten, dass er so gefasst ist, dass den Vorgaben des Landesgesetzgebers an die Offenlegung genügt werden kann.

STADT | TORNESCH

Beschlussvorlage	**Vorlage-Nr:**	**VO/15/146**
	Status:	öffentlich
	Datum:	27.08.2015
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Inga Ries
	Bericht im Rat:	
Büro des Bürgermeisters	Bearbeiter:	Inga Ries

Beratung und Beschlussempfehlung über den 1. Nachtragshaushaltplan der Stadt Tornesch für den Teilhaushaltsplan 1 - Büro des Bürgermeisters -

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
14.09.2015	Hauptausschuss

A: Sachbericht
B: Stellungnahme der Verwaltung
C: Prüfungen: 1. Umweltverträglichkeit
2. Kinder- und Jugendbeteiligung
D: Finanzielle Auswirkungen
E: Beschlussempfehlung

Zu A und B: Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Der 1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilhaushalt 1 beinhaltet Änderungen für die Fachdienste 01 Feuerwehrwesen und 02 Personal & Organisation. Die geänderten Ansätze sind jeweils in der Anlage erläutert und werden bei Bedarf in der Sitzung noch konkretisiert.

FD 01 Feuerwehrwesen:

Zum Haushaltsjahr 2015 beantragte die Feuerwehr Tornesch die notwendigen Haushaltsmittel für die Anschaffung eines Einsatzleitfahrzeuges – ELW-. Da das Fahrzeug zwingend aus einsatztaktischen Gründen mit Analog- und Digitalfunk ausgestattet sein muss, wurde die Bereitstellung der Haushaltsmittel für das Jahr 2016 vereinbart, weil vorher nicht mit der Auslieferung der Komponenten für Digitalfunk gerechnet werden konnte. Zwischenzeitlich hat die GMSH die Aufträge aus der landesweiten Ausschreibung für die Digitalfunkendgeräte erteilt. Eine Auslieferung für die Stadt Tornesch ist nach derzeitigem Kenntnisstand für Mai 2016 vorgesehen. Idealerweise stünde dann auch das neue Fahrzeug zur Verfügung, damit nicht noch ein abgängiges Fahrzeug mit Digitalfunk ausgestattet werden muss. Um alle Fristen einer öffentlichen Ausschreibung einzuhalten, müsste alsbald mit der Ausschreibung begonnen werden. Daher wird der Hauptausschuss gebeten, der vorzeitigen Ausschreibung zuzustimmen und bereits jetzt eine Empfehlung an den Finanzausschuss zu geben, die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 180.000 € 2016 in den Finanz- und in den Ergebnishaushalt bereitzustellen. Das Fahrzeug wird aus der Feuerschutzsteuer bezuschusst, voraussichtlich mit 18.000 €

FD 01 Personal & Organisation

Für den die Berechnung des Haushaltes 2015 wurde der Stellenplan 2015 zugrunde gelegt. Um Personalkosten zu sparen, schlug die Verwaltung bei Neueinstellungen eine zeitversetze Neubesetzung vor. Dieser Vorschlag floss in den Haushaltsbeschluss 2015 mit ein.

Der 1. Nachtragshaushalt 2015 orientiert sich an der tatsächlichen Entwicklung im Laufe des Haushaltsjahres, einschließlich der zu erwartenden Änderungen aus der 1. Veränderungsliste zum Stellenplan.

Der Nachtragshaushalt für das Personal schließt mit einer Einsparung in Höhe von 27.000 € ab. Zwar wurden die Beamtenbesoldungen ab dem 01.03.2015 um 1,9 % erhöht, andererseits konnten Stellen aus verschiedensten Gründen nicht sofort nachbesetzt werden. In der Anlage sind einige Veränderungen zu den Produkten erläutert. Wenn es darüber hinaus Erläuterungsbedarf besteht, so werden diese Fragen gerne beantwortet.

Zu C: Prüfungen

1. Umweltverträglichkeit
entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung
entfällt

Zu D: Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten
entfällt

Zu E: Beschlussempfehlung

1. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss die Einarbeitung des 1. Nachtrages 2015 aus dem Bereich Büro des Bürgermeisters (Teilhaushalt 1) in den 1. Nachtragshaushalt 2015.

2. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss die Einstellung von 180.000 € für die Anschaffung eines Einsatzleitfahrzeuges für die Feuerwehr Tornesch in den Haushalt 2016 und stimmt dem Beginn des Ausschreibungsverfahrens zu.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlagen:
- 1. Nachtragshaushaltsplan 2015, Teilhaushalt 1 -Büro des Bürgermeisters-
- Vermerk des Fachdienstes EDV

Nachtragsplan 2015
Ergebnis- und Finanzplan
für das Büro des Bürgermeisters

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
111000			***Leitung und Verwaltung BdB Büro des Bürgermeisters***							
111000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.900	2.600	2.700	100	2.700	2.800	2.900
111000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57.300	58.100	58.600	500	58.700	59.300	59.900
111000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	1.400	1.600	200	1.600	1.600	1.700
111000	701100	FA	Dienstbezüge Beamtinnen und Beamte	1.900	2.600	2.700	100	2.700	2.800	2.900
111000	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57.300	58.100	58.600	500	58.700	59.300	59.900
111000	702100	FA	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	0	1.500	1.700	200	1.800	1.900	2.100
111100			***Selbstverwaltung (Gemeindeorgane)***							
111100	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	15.100	18.800	19.100	300	19.000	19.200	19.400
111100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	50.600	39.500	46.800	7.300	46.800	46.800	46.800
111100	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	6.900	9.300	10.000	700	10.000	10.000	10.000
111100	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	200	300	100	300	400	500
111100	701100	FA	Dienstbezüge Beamtinnen und Beamte	15.100	18.800	19.100	300	19.000	19.200	19.400
111100	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	50.600	39.500	46.800	7.300	46.800	46.800	46.800
111100	702100	FA	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	6.900	9.500	10.300	800	10.300	10.400	10.500
111101			***Verwaltungsleitung (Bgm.)***							
111101	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	78.800	80.400	81.600	1.200	81.600	82.200	83.100
111101	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	54.100	28.000	29.800	1.800	29.800	29.800	29.800
111101	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	600	800	200	800	800	900
111101	502102	AU	Versorgungsrücklage -Altbürgermeister-	0	1.600	1.800	200	1.800	1.800	1.900
111101	502104	AU	Versorgungsanteile Beamtinnen + Beamte	0	24.000	24.600	600	24.600	24.600	24.900
111101	701100	FA	Dienstbezüge Beamtinnen und Beamte	78.800	80.400	81.600	1.200	81.600	82.200	83.100
111101	702100	FA	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	54.100	54.200	57.000	2.800	57.000	57.000	57.500
111105			***Bürgerservice***							
111105	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.100	12.300	12.200	-100	12.500	12.700	12.900
111105	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.100	12.300	12.200	-100	12.500	12.700	12.900
111110			***Verwaltungssteuerung***							
111110	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	11.200	15.400	15.700	300	15.700	15.800	16.000
111110	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.800	3.700	3.500	-200	3.800	3.900	4.000
111110	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	5.600	8.400	9.100	700	9.100	9.100	9.100
111110	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	200	300	100	300	400	500
111110	701100	FA	Dienstbezüge Beamtinnen und Beamte	11.200	15.400	15.700	300	15.700	15.800	16.000
111110	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.800	3.700	3.500	-200	3.800	3.900	4.000
111110	702100	FA	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	5.600	8.600	9.400	800	9.400	9.500	9.600
111120			***Personalamt***							
111120	448800	ER	Erstattungen von übrigen Bereichen	100	0	10.300	10.300	0	0	0
111120	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	39.200	42.900	43.600	700	43.600	43.900	44.400

111120	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56.000	53.200	53.900	700	53.800	54.400	55.000
111120	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	3.200	29.600	31.600	2.000	31.600	31.600	31.600
111120	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	8.600	600	900	300	900	900	900
111120	502103	AU	Versorgungsrücklage alle anderen Versorgungsempfänger	0	8.000	9.200	1.200	9.200	9.200	9.200
111120	648800	FE	Erstattungen von übrigen Bereichen	100	0	10.300	10.300	0	0	0
111120	701100	FA	Dienstbezüge Beamtinnen und Beamte	39.200	42.900	43.600	700	43.600	43.900	44.400
111120	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56.000	53.200	53.900	700	53.800	54.400	55.000
111120	702100	FA	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	35.800	38.200	41.700	3.500	41.700	41.700	41.700
111140			***Personalrat***							
111140	526200	AU	Aus- und Fortbildung, Umschulung	500	4.000	7.000	3.000	500	500	500
111140	726200	FA	Aus- und Fortbildung, Umschulung	500	4.000	7.000	3.000	500	500	500
111180			***Einrichtungen für die gesamte Verwaltung***							
111180	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	13.100	25.600	13.300	-12.300	13.300	13.300	13.300
111180	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	33.600	46.400	51.800	5.400	25.900	25.900	25.900
111180	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	9.800	0	-9.800	0	0	0
111180	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	500	0	-500	0	0	0
111180	504110	AU	Arbeitsmedizinischer Dienst, Gesundheitsprävention	7.800	7.800	8.200	400	8.200	8.200	8.200
111180	526200	AU	Aus- und Fortbildung, Umschulung	5.500	13.600	16.400	2.800	5.500	5.500	5.500
111180	701100	FA	Dienstbezüge Beamtinnen und Beamte	13.100	25.600	13.300	-12.300	13.300	13.300	13.300
111180	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	33.600	46.400	51.800	5.400	46.400	46.400	46.400
111180	702100	FA	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	0	10.300	0	-10.300	0	0	0
111180	704100	FA	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	7.800	7.800	8.200	400	8.200	8.200	8.200
111180	726200	FA	Aus- und Fortbildung, Umschulung	5.500	13.600	16.400	2.800	5.500	5.500	5.500
111475			***Städtepartnerschaften***							
111475	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.300	8.700	8.800	100	8.800	8.900	9.000
111475	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.300	8.700	8.800	100	8.800	8.900	9.000
122200			***Standesamt***							
122200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600	600	500	-100	700	800	900
122200	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600	600	500	-100	700	800	900
126000			***Freiwillige Feuerwehr Tornesch***							
126000	414700	ER	Zuschüsse für laufende Zwecke u.a. Spenden von privaten Unternehmen	0	0	1.500	1.500	0	0	0
126000	431100	ER	Verwaltungsgebühren	15.000	15.000	10.000	-5.000	10.000	10.000	10.000
126000	448700	ER	Ersätze aus Versicherungsleistungen	700	700	1.200	500	700	700	700
126000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	5.600	7.700	7.900	200	7.800	7.900	8.000
126000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57.800	56.100	56.500	400	56.700	57.300	57.900
126000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	2.800	4.200	4.600	400	4.600	4.600	4.600
126000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	200	100	200	300	400
126000	525120	AU	Reparaturkosten	16.900	17.800	24.600	6.800	17.800	17.800	17.800

126000	527151	AU	Kosten Internet-Anbindung Feuerwehr	1.900	1.900	4.700	2.800	4.700	4.700	4.700
126000	529110	AU	Kosten für Werbung/ Öffentlichkeitsarbeit	500	1.500	6.800	5.300	1.500	1.500	1.500
126000	614700	FE	Zuschüsse für laufende Zwecke von privaten Unternehmen	0	0	1.500	1.500	0	0	0
126000	631100	FE	Verwaltungsgebühren	15.000	15.000	10.000	-5.000	10.000	10.000	10.000
126000	648700	FE	Erstattungen von privaten Unternehmen	700	700	1.200	500	700	700	700
126000	701100	FA	Dienstbezüge Beamtinnen und Beamte	5.600	7.700	7.900	200	7.800	7.900	8.000
126000	701200	FA	Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57.800	56.100	56.500	400	56.700	57.300	57.900
126000	702100	FA	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	2.800	4.300	4.800	500	4.800	4.900	5.000
126000	725100	FA	Haltung von Fahrzeugen	29.900	36.900	43.700	6.800	36.900	36.900	36.900
126000	727100	FA	Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	26.100	26.100	28.900	2.800	27.200	27.200	27.200
126000	729100	FA	Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	5.700	3.000	8.300	5.300	3.000	3.000	3.000
126000	783100	FA	Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze von 1.000 €	709.300	26.900	41.300	14.400	192.600	12.600	12.600
126000	783200	FA	Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze von 150 € und unterhalb der Wertgrenze v. 1.000 €	31.500	25.700	26.700	1.000	25.700	25.700	25.700
			Geänderte Erträge (Ergebnisplan) Teilhaushalt 1	***15.800***	***15.700***	***23.000***	***7.300***	***10.700***	***10.700***	***10.700***
			Geänderte Aufwendungen (Ergebnisplan) Teilhaushalt 1	***565.300***	***645.100***	***669.000***	***23.900***	***614.400***	***618.400***	***623.600***
			Geänderte Einzahlungen (Finanzplan) Teilhaushalt 1	***15.800***	***15.700***	***23.000***	***7.300***	***10.700***	***10.700***	***10.700***
			Geänderte Auszahlungen (Finanzplan) Teilhaushalt 1	***1.372.500***	***742.600***	***781.900***	***39.300***	***896.500***	***720.600***	***725.900***
			Gesamthaushalt- Erträge	***26.082.000***	***27.646.200***	***27.872.700***	***226.500***	***28.223.700***	***28.600.700***	***28.949.900***
			Gesamthaushalt - Aufwendungen	***25.986.100***	***27.575.900***	***28.300.400***	***724.500***	***28.339.800***	***28.297.500***	***28.281.500***
			Saldo Ergebnisplan	***95.900***	***70.300***	***-427.700***	***-498.000***	***-116.100***	***303.200***	***668.400***
			Gesamthaushalt - Einzahlungen	***29.248.300***	***28.190.100***	***28.430.400***	***240.300***	***28.459.500***	***25.742.900***	***25.961.100***
			Gesamthaushalt - Auszahlungen	***29.577.100***	***26.781.500***	***27.880.300***	***1.098.800***	***28.396.700***	***26.713.700***	***26.001.500***
			Saldo Finanzplan	***-328.800***	***1.408.600***	***550.100***	***-858.500***	***62.800***	***-970.800***	***-40.400***

Erläuterungen zum Produkthaushalt
Nachtrag für das Haushaltsjahr 2015

Produktkonto	Erläuterungen	Ansatz 2015	Nachtrag 2015	2016	2017	2018
		in Euro				
111100 501200 Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Die Personalkosten für eine Mitarbeiterin sind versehentlich nur bis Juni 2015 berechnet worden.*	39.500	46.800	46.800	46.800	46.800
111120 502100 Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Umlagen für Beamte können immer erst im nächsten Jahr von der VAK berechnet. Darauf werden die Abschläge angepasst*	29.600	31.600	31.600	31.600	31.600
111140 526200 Aus- und Fortbildung, Umschulung	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Es stehen noch diverse Schulungen für den neu gewählten Personalrat aus (Antrag des Personalrats).*	4.000	7.000	500	500	500
111180 501200 Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Keine Übernahme eines Auszubildenden nach Abschlussprüfung (war bis Ende des Jahres eingeplant). Verschiebung von Personalkosten, die die Angestelltenprüfung ablegt und deren Personalkosten ansonsten bei dem Produkt 311200 Sozialhilfe veranschlagt sind.*	46.400	51.800	46.400	46.400	46.400
111180 504110 Arbeitsmedizinischer Dienst, Gesundheitsprävention	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Erstattung anteiliger Teilnahmegebühren für Gesundheitskurse*	7.800	8.200	8.200	8.200	8.200
111180 526200 Aus- und Fortbildung, Umschulung	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Höhere Kosten für eine Mitarbeiterin, die den Angestelltenlehrgang II in 2015 besucht. Haushaltsmittel waren bisher bei dem Produkt 311200 eingeplant (Verschiebung).*	13.600	16.400	5.500	5.500	5.500
126000 431100 Verwaltungsgebühren	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Gebührensätze nach der neuen Gebührensatzung ab 1.7.2015 geringer.*	15.000	10.000	10.000	10.000	10.000
126000 448700 Ersätze aus Versicherungsleistungen	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Erstattung Reparaturkosten Frontscheibe PI-2852 durch Kasko-Versicherung*	700	1.200	700	700	700

Produktkonto	Erläuterungen	Ansatz 2015	Nachtrag 2015	2016	2017	2018
		in Euro				
126000 525120 Reparaturkosten	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Reparatur Nebenantrieb PI - 2904 / Februar 2015 (6.420,51 €)* *Reparatur Frontscheibe und Blecharbeiten aufgrund von Duchrostungen PI - 2852 / Juli 2015 (2.547,09 €)*	17.800	24.600	17.800	17.800	17.800
126000 527151 Kosten Internet-Anbindung Feuerwehr	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Internetanschluss Feuerwehr Ahrenlohe durch Telekom mtl. 396,00 € (siehe Vermerk zur Standortvernetzung der FF-Ahrenlohe durch EDV-Abteilung)*	1.900	4.700	4.700	4.700	4.700
126000 529110 Kosten für Werbung/ Öffentlichkeitsarbeit	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Neue Homepage Feuerwehr / Februar 2015 = 3.750,00 € (außerplanmäßig)* *Schaltung einer Anzeige in der Familienbroschüre gesponsert durch die Medac (siehe 126000.414700)*	1.500	6.800	1.500	1.500	1.500
126000 783100 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze von 1.000 €	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Notwendige Mehrkosten für außerplanmäßige Beschaffung eines NilfiskAlto Feuerwehrsaugers (2.915,50 €), einer Ersatzbeschaffung eines Kompressors (4.438,* *22 €) sowie der Ersatzbeschaffung von Atemschutzgeräten (7.000 €).*	26.900	41.300	192.600	12.600	12.600
126000 783200 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze von 150 € und unterhalb der Wertgrenze v. 1.000 €	***Erläuterungen zum 1. Nachtragsplan:*** *Außerplanmäßige Beschaffung einer Totmannbremse für den Rollcontainer (931,18 €)*	25.700	26.700	25.700	25.700	25.700

Personalausgaben
Nachtrag 2015

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
111000			***Leitung und Verwaltung BdB Büro des Bürgermeisters***	***75.000***	***78.100***	***78.900***	***800***	***79.400***	***80.500***	***81.700***	
111000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.900	2.600	2.700	100	2.700	2.800	2.900	
111000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57.300	58.100	58.600	500	58.700	59.300	59.900	
111000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	1.400	1.600	200	1.600	1.600	1.700	
111000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
111000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.300	4.400	4.400	0	4.500	4.600	4.700	
111000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	11.500	11.500	11.500	0	11.700	11.900	12.100	
111000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111010			***Leitung und Verwaltung Amt 1 Amt für Zentrale Verwaltung und Finanzen***	***37.200***	***37.700***	***38.900***	***1.200***	***38.700***	***39.800***	***40.500***	
111010	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	25.100	25.600	26.000	400	26.000	26.200	26.500	
111010	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.300	1.300	1.300	0	1.400	1.500	1.600	
111010	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	10.400	10.200	10.900	700	10.400	10.900	10.900	
111010	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	200	300	100	300	400	500	
111010	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
111010	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
111010	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111020			***Leitung und Verwaltung Amt 2 Amt für Jugend, Sport, Soziales, Schule und Kultur***	***11.300***	***11.400***	***11.400***	***0***	***11.700***	***12.000***	***12.300***	
111020	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.000	9.100	9.100	0	9.200	9.300	9.400	
111020	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	700	700	700	0	800	900	1.000	
111020	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.600	1.600	1.600	0	1.700	1.800	1.900	
111030			***Leitung und Verwaltung Amt 3 Bau- und Planungsamt***	***43.100***	***43.900***	***45.400***	***1.500***	***45.700***	***46.100***	***46.800***	
111030	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	28.700	29.400	29.900	500	29.900	30.000	30.300	
111030	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.200	2.300	2.300	0	2.400	2.500	2.600	
111030	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	11.500	11.300	12.100	800	12.100	12.100	12.100	
111030	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	200	400	200	400	400	500	
111030	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
111030	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	500	500	500	0	600	700	800	
111030	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111100			***Selbstverwaltung (Gemeindeorgane)***	***86.100***	***81.700***	***90.100***	***8.400***	***90.200***	***90.700***	***91.200***	
111100	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	15.100	18.800	19.100	300	19.000	19.200	19.400	
111100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	50.600	39.500	46.800	7.300	46.800	46.800	46.800	*Die Personalkosten für eine Mitarbeiterin sind versehentlich nur bis Juni 2015 berechnet worden.*
111100	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	6.900	9.300	10.000	700	10.000	10.000	10.000	
111100	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	200	300	100	300	400	500	
111100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.800	4.100	4.100	0	4.200	4.300	4.400	
111100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.700	9.800	9.800	0	9.900	10.000	10.100	
111100	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111101			***Verwaltungsleitung (Bgm.)***	***132.900***	***134.600***	***138.600***	***4.000***	***138.600***	***139.200***	***140.600***	

Personalausgaben
Nachtrag 2015

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
111101	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	78.800	80.400	81.600	1.200	81.600	82.200	83.100	
111101	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	54.100	28.000	29.800	1.800	29.800	29.800	29.800	
111101	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	600	800	200	800	800	900	
111101	502102	AU	Versorgungsrücklage -Altbürgermeister-	0	1.600	1.800	200	1.800	1.800	1.900	
111101	502104	AU	Versorgungsanteile Beamtinnen + Beamte	0	24.000	24.600	600	24.600	24.600	24.900	
111101	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111105			***Bürgerservice***	***15.500***	***15.800***	***15.700***	***-100***	***16.200***	***16.600***	***17.000***	
111105	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.100	12.300	12.200	-100	12.500	12.700	12.900	
111105	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	900	1.000	1.000	0	1.100	1.200	1.300	
111105	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.500	2.500	2.500	0	2.600	2.700	2.800	
111110			***Verwaltungssteuerung***	***28.100***	***28.700***	***29.600***	***900***	***30.100***	***30.600***	***31.200***	
111110	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	11.200	15.400	15.700	300	15.700	15.800	16.000	
111110	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.800	3.700	3.500	-200	3.800	3.900	4.000	
111110	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	5.600	8.400	9.100	700	9.100	9.100	9.100	
111110	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	200	300	100	300	400	500	
111110	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	700	300	300	0	400	500	600	
111110	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.800	700	700	0	800	900	1.000	
111110	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111120			***Personalamt***	***199.800***	***188.300***	***193.200***	***4.900***	***193.800***	***195.500***	***197.400***	
111120	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	39.200	42.900	43.600	700	43.600	43.900	44.400	
111120	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56.000	53.200	53.900	700	53.800	54.400	55.000	
111120	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
111120	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	3.200	29.600	31.600	2.000	31.600	31.600	31.600	*Umlagen für Beamte können immer erst im nächsten Jahr von der VAK berechnet. Darauf werden die Abschläge angepasst*
111120	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	8.600	600	900	300	900	900	900	
111120	502102	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	24.000	0	0	0	0	0	0	
111120	502103	AU	Versorgungsrücklage alle anderen Versorgungsempfänger	0	8.000	9.200	1.200	9.200	9.200	9.200	
111120	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.200	3.900	3.900	0	4.000	4.100	4.200	
111120	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.800	10.100	10.100	0	10.300	10.500	10.700	
111120	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111120	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	53.800	40.000	40.000	0	40.400	40.900	41.400	
111130			***Gleichstellungsbeauftragte***	***15.700***	***15.900***	***15.900***	***0***	***16.300***	***16.700***	***17.100***	
111130	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111130	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.200	12.400	12.400	0	12.600	12.800	13.000	
111130	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.000	1.000	1.000	0	1.100	1.200	1.300	
111130	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.500	2.500	2.500	0	2.600	2.700	2.800	
111130	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111180			***Einrichtungen für die gesamte Verwaltung***	***97.800***	***142.000***	***125.200***	***-16.800***	***120.100***	***120.400***	***120.700***	
111180	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	13.100	25.600	13.300	-12.300	13.300	13.300	13.300	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
111180	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	33.600	46.400	51.800	5.400	46.400	46.400	46.400	*Keine Übernahme eines Auszubildenden nach Abschlussprüfung (war bis Ende des Jahres eingeplant). Verschiebung von Personalkosten, die die Angestelltenprüfung ablegt und deren Personalkosten ansonsten bei dem Produkt 311200 Sozialhilfe veranschlagt sind.*
111180	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	9.800	0	-9.800	0	0	0	
111180	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	500	0	-500	0	0	0	
111180	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.000	5.200	5.200	0	5.300	5.400	5.500	
111180	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.600	12.000	12.000	0	12.200	12.400	12.600	
111180	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111180	504110	AU	Arbeitsmedizinischer Dienst, Gesundheitsprävention	7.800	7.800	8.200	400	8.200	8.200	8.200	
111180	505100	AU	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften	34.700	34.700	34.700	0	34.700	34.700	34.700	
111200			***Interner Service (Hauptamt)***	***26.400***	***23.400***	***22.200***	***-1.200***	***22.700***	***23.400***	***24.100***	
111200	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20.500	18.400	17.200	-1.200	17.500	18.000	18.500	
111200	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111200	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.700	1.400	1.400	0	1.500	1.600	1.700	
111200	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.200	3.600	3.600	0	3.700	3.800	3.900	
111200	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111210			***Informationstechnologien***	***171.200***	***196.100***	***203.700***	***7.600***	***204.400***	***205.500***	***207.000***	
111210	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	50.000	50.500	51.300	800	51.500	51.700	52.300	
111210	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	76.500	88.100	93.100	5.000	93.100	93.500	93.800	*Rückkehr einer Mitarbeiterin aus der Elternzeit mit 24 Stunden statt mit eingeplanten 20 Stunden/Woche.*
111210	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	24.200	23.700	25.300	1.600	25.300	25.300	25.300	
111210	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	500	700	200	700	700	800	
111210	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.300	10.100	10.100	0	10.300	10.500	10.700	
111210	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	15.200	23.200	23.200	0	23.500	23.800	24.100	
111210	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111400			***Allgemeine Sozialverwaltung***	***400***	***400***	***300***	***-100***	***600***	***900***	***1.200***	
111400	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111400	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	100	-100	200	300	400	
111400	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
111400	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111400	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
111400	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
111400	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111400	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111475			***Städtepartnerschaften***	***11.900***	***12.100***	***12.200***	***100***	***12.400***	***12.700***	***13.000***	
111475	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.300	8.700	8.800	100	8.800	8.900	9.000	
111475	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	700	1.100	1.100	0	1.200	1.300	1.400	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
111475	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.900	2.300	2.300	0	2.400	2.500	2.600	
111500			***Bauverwaltung***	***50.800***	***53.500***	***48.100***	***-5.400***	***54.200***	***54.900***	***55.600***	
111500	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111500	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	39.800	41.400	36.000	-5.400	41.900	42.400	42.900	*Nichtbesetzung der Verwaltungsstelle im GLM vom 15.02. bis 01.09.2015*
111500	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111500	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.100	3.500	3.500	0	3.600	3.700	3.800	
111500	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.900	8.600	8.600	0	8.700	8.800	8.900	
111500	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111600			***Kämmerei + Controlling***	***134.100***	***119.300***	***115.800***	***-3.500***	***133.700***	***135.200***	***136.700***	
111600	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	24.400	0	0	0	0	0	0	
111600	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	72.300	87.700	84.200	-3.500	101.700	102.800	103.900	
111600	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
111600	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	18.400	0	0	0	0	0	0	
111600	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111600	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.400	9.400	9.400	0	9.500	9.600	9.700	
111600	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	13.600	22.200	22.200	0	22.500	22.800	23.100	
111600	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111600	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111610			***Zahlungsverkehr, Buchhaltung, Vollstreckung***	***101.300***	***103.300***	***105.000***	***1.700***	***105.300***	***106.200***	***106.900***	
111610	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111610	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	79.600	81.200	82.900	1.700	82.900	83.500	83.900	
111610	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.100	6.200	6.200	0	6.300	6.400	6.500	
111610	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	15.600	15.900	15.900	0	16.100	16.300	16.500	
111610	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111620			***Beteiligungen und Controlling***	***7.900***	***8.100***	***8.400***	***300***	***8.500***	***8.700***	***9.000***	
111620	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	5.600	5.700	5.800	100	5.800	5.900	6.000	
111620	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	2.300	2.300	2.500	200	2.500	2.500	2.600	
111620	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
111620	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111630			***Gemeindesteuern***	***59.600***	***60.700***	***60.900***	***200***	***61.400***	***62.100***	***62.800***	
111630	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	46.700	47.600	47.800	200	48.100	48.600	49.100	
111630	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.500	3.600	3.600	0	3.700	3.800	3.900	
111630	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.400	9.500	9.500	0	9.600	9.700	9.800	
111800			***Gebäude- und Liegenschaftsmanagement***	***137.100***	***140.300***	***183.500***	***43.200***	***184.000***	***184.600***	***185.300***	
111800	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	5.800	5.900	6.000	100	6.000	6.100	6.200	
111800	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	101.100	101.900	144.800	42.900	144.800	144.800	144.800	*1. Besetzung der Techniker-Stelle im GLM ab 01.09.2015, siehe HA vom 11.05.2015 2. Nichtbesetzung der Verwaltungsstelle im GLM vom 15.02. bis 01.09.2015*

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
111800	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	2.300	2.300	2.500	200	2.500	2.500	2.600	
111800	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
111800	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.600	8.500	8.500	0	8.600	8.700	8.800	
111800	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20.300	21.600	21.600	0	21.900	22.200	22.500	
111800	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111813			***Wohnungen***	***26.000***	***26.500***	***26.600***	***100***	***27.000***	***27.500***	***28.000***	
111813	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111813	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20.400	20.800	20.900	100	21.100	21.400	21.700	
111813	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
111813	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.500	1.500	1.500	0	1.600	1.700	1.800	
111813	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.100	4.200	4.200	0	4.300	4.400	4.500	
111813	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
111825			***Unbebaute Grundstücke***	***20.500***	***20.800***	***21.400***	***600***	***21.800***	***22.400***	***23.000***	
111825	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	11.200	11.400	11.600	200	11.600	11.800	12.000	
111825	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.600	3.700	3.600	-100	3.800	3.900	4.000	
111825	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	4.600	4.500	4.900	400	4.900	4.900	4.900	
111825	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	200	100	200	300	400	
111825	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
111825	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	800	800	800	0	900	1.000	1.100	
111825	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
121000			***Statistik***	***2.400***	***2.500***	***2.400***	***-100***	***3.100***	***3.700***	***4.300***	
121000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	900	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
121000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	700	700	600	-100	800	900	1.000	
121000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	500	500	500	0	600	700	800	
121000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
121000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
121000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
121000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
121500			***Wahlen***	***23.800***	***24.300***	***24.800***	***500***	***25.300***	***25.900***	***26.500***	
121500	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	10.300	10.500	10.600	100	10.700	10.900	11.100	
121500	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.000	6.200	6.100	-100	6.300	6.400	6.500	
121500	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
121500	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	5.800	5.700	6.100	400	6.100	6.100	6.100	
121500	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	200	100	200	300	400	
121500	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	500	500	500	0	600	700	800	
121500	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.200	1.300	1.300	0	1.400	1.500	1.600	
121500	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
122000			***Ordnungsangelegenheiten***	***67.600***	***77.700***	***89.200***	***11.500***	***92.000***	***92.200***	***92.600***	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
122000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	26.700	27.200	27.600	400	27.600	27.800	28.100	
122000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20.300	27.700	34.400	6.700	34.400	34.400	34.400	*siehe Nachtragsstellenplan (VO/15/144), Kosten für Dometscher-Stunden und Aufwandsentschädigung für Ehrenamt vom 01.10. bis 31.12.2015*
122000	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	1.400	1.400	4.200	4.200	4.200	
122000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	15.000	14.700	15.700	1.000	15.700	15.700	15.700	
122000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	300	500	200	500	500	600	
122000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.500	2.000	2.500	500	2.500	2.500	2.500	
122000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.100	5.800	7.100	1.300	7.100	7.100	7.100	
122000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
122100			***Meldewesen***	***74.400***	***75.900***	***75.500***	***-400***	***77.100***	***78.300***	***79.500***	
122100	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.300	1.300	1.300	0	1.400	1.500	1.600	
122100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56.600	57.700	57.200	-500	58.300	58.900	59.500	
122100	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	700	700	800	100	800	900	1.000	
122100	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
122100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.300	4.400	4.400	0	4.500	4.600	4.700	
122100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	11.500	11.700	11.700	0	11.900	12.100	12.300	
122100	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
122200			***Standesamt***	***800***	***800***	***700***	***-100***	***1.100***	***1.400***	***1.700***	
122200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600	600	500	-100	700	800	900	
122200	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
122200	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
126000			***Freiwillige Feuerwehr Tornesch***	***92.900***	***96.800***	***97.900***	***1.100***	***98.500***	***99.800***	***101.100***	
126000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	5.600	7.700	7.900	200	7.800	7.900	8.000	
126000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57.800	56.100	56.500	400	56.700	57.300	57.900	
126000	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	8.400	8.400	8.400	0	8.500	8.600	8.700	
126000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	2.800	4.200	4.600	400	4.600	4.600	4.600	
126000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	200	100	200	300	400	
126000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.800	4.200	4.200	0	4.300	4.400	4.500	
126000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.800	11.300	11.300	0	11.500	11.700	11.900	
126000	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
126000	504100	AU	Beihilfen und gesundheitliche Vorsorge (z.B. Atemschutzunter suchungen)	4.700	4.800	4.800	0	4.900	5.000	5.100	
126001			***Jugendfeuerwehr***	***2.200***	***2.600***	***2.600***	***0***	***2.900***	***3.200***	***3.500***	
126001	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.700	2.000	2.000	0	2.100	2.200	2.300	
126001	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
126001	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	400	400	0	500	600	700	
210000			***Allgemeine Schulverwaltung - Leitung***	***31.700***	***32.200***	***32.300***	***100***	***33.100***	***34.000***	***34.900***	
210000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.600	1.700	1.700	0	1.800	1.900	2.000	
210000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14.200	14.500	14.500	0	14.700	14.900	15.100	
210000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	12.300	800	900	100	900	1.000	1.100	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
210000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
210000	502104	AU	Versorgungsanteile Beamtinnen + Beamte	0	11.400	11.400	0	11.600	11.800	12.000	
210000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.100	1.100	1.100	0	1.200	1.300	1.400	
210000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.500	2.600	2.600	0	2.700	2.800	2.900	
210000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211300			***Johannes-Schwennesen-Schule (Grundschule)***	***184.600***	***61.800***	***59.300***	***-2.500***	***59.900***	***60.700***	***61.500***	
211300	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	7.200	7.400	7.500	100	7.500	7.600	7.700	
211300	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	135.300	38.200	35.200	-3.000	35.600	36.000	36.400	*Umverteilung des Prozentsatzes eines Mitarbeiters an diesem Produkt und dem Produkt 211302 - Offener Ganztag -*
211300	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
211300	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	3.800	3.700	4.000	300	4.000	4.000	4.000	
211300	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	200	100	200	300	400	
211300	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.100	3.600	3.600	0	3.700	3.800	3.900	
211300	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	28.200	8.800	8.800	0	8.900	9.000	9.100	
211300	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211300	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211301			***Sporthalle Johannes-Schwennesen-Schule***	***3.000***	***3.100***	***3.200***	***100***	***3.700***	***4.300***	***4.900***	
211301	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	800	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
211301	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.300	1.300	1.300	0	1.400	1.500	1.600	
211301	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	500	400	500	100	500	600	700	
211301	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
211301	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
211301	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
211301	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211302			***Johannes-Schwennesen-Schule (Ganztag)***	***0***	***141.300***	***127.100***	***-14.200***	***132.000***	***134.200***	***136.600***	
211302	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
211302	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	108.900	94.700	-14.200	99.200	101.000	103.000	*s.o. und Abgang von 2 Mitarbeiterinnen und Einstellung bzw. Umsetzung von neuen Mitarbeierinnen, zeitversetzt*
211302	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
211302	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
211302	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	9.000	9.000	0	9.100	9.200	9.300	
211302	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	23.400	23.400	0	23.700	24.000	24.300	
211302	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211302	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211500			***Fritz-Reuter-Schule (Grundschule)***	***36.700***	***37.500***	***38.100***	***600***	***38.400***	***39.100***	***39.900***	
211500	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	4.000	4.100	4.200	100	4.200	4.300	4.400	
211500	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	24.000	24.500	24.900	400	24.900	25.100	25.400	
211500	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
211500	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	2.100	2.100	2.200	100	2.200	2.300	2.400	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
211500	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
211500	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.800	1.800	1.800	0	1.900	2.000	2.100	
211500	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.800	4.900	4.900	0	5.000	5.100	5.200	
211500	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211500	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211501			***Sporthallen der Fritz-Reuter-Schule***	***3.000***	***3.100***	***3.200***	***100***	***3.700***	***4.300***	***4.900***	
211501	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	800	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
211501	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.300	1.300	1.300	0	1.400	1.500	1.600	
211501	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	500	400	500	100	500	600	700	
211501	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
211501	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
211501	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
211501	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
211502			***Sprachintensivmaßnahme an der FRS***	***79.100***	***84.200***	***85.200***	***1.000***	***85.700***	***86.800***	***88.100***	
211502	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.600	1.700	1.700	0	1.800	1.900	2.000	
211502	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	59.900	63.500	64.400	900	64.400	64.900	65.600	
211502	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	900	800	900	100	900	1.000	1.100	
211502	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
211502	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.500	4.900	4.900	0	5.000	5.100	5.200	
211502	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.200	13.200	13.200	0	13.400	13.600	13.800	
211502	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
218200			***Gemeinschaftsschulen***	***108.600***	***105.700***	***106.500***	***800***	***110.500***	***111.800***	***113.200***	
218200	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	15.500	9.900	10.000	100	10.000	10.100	10.300	
218200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	65.700	69.800	70.200	400	73.800	74.600	75.400	
218200	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	9.700	5.000	5.300	300	5.300	5.300	5.300	
218200	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	200	200	0	300	400	500	
218200	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.800	5.700	5.700	0	5.800	5.900	6.000	
218200	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.900	15.100	15.100	0	15.300	15.500	15.700	
218200	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
241000			***Schülerbeförderung***	***18.900***	***7.200***	***7.300***	***100***	***7.800***	***8.400***	***9.000***	
241000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.600	1.700	1.700	0	1.800	1.900	2.000	
241000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.900	3.500	3.600	100	3.600	3.700	3.800	
241000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	900	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
241000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
241000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	900	300	300	0	400	500	600	
241000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.600	700	700	0	800	900	1.000	
241000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
243000			***Sonstige schulische Aufgaben***	***0***	***0***	***0***	***0***	***0***	***0***	***0***	
243000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
243000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0	
243000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0	
243500			***Medienzentrum des Kreises Pinneberg***	***9.800***	***10.100***	***11.200***	***1.100***	***11.700***	***12.200***	***12.700***	
243500	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.600	1.700	1.700	0	1.800	1.900	2.000	
243500	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.700	5.800	6.900	1.100	6.900	6.900	6.900	
243500	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	900	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
243500	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
243500	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	500	500	500	0	600	700	800	
243500	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.100	1.100	1.100	0	1.200	1.300	1.400	
243500	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
243600			***Schulsozialarbeit***	***155.700***	***164.700***	***166.100***	***1.400***	***169.100***	***169.900***	***171.500***	
243600	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.600	1.700	1.700	0	1.800	1.900	2.000	
243600	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	119.900	125.100	126.500	1.400	128.700	128.700	129.500	*Stufensteigerungen*
243600	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	900	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
243600	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
243600	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.000	10.300	10.300	0	10.500	10.700	10.900	
243600	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	24.300	26.600	26.600	0	26.900	27.200	27.500	
243600	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
252000			***Stadtarchiv***	***400***	***400***	***300***	***-100***	***600***	***800***	***1.000***	
252000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
252000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	100	-100	200	200	200	
252000	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
252000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
252000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
252000	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
252000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
271000			***Zweckverband VHS Tornesch-Uetersen***	***12.300***	***12.500***	***13.000***	***500***	***13.200***	***13.600***	***13.900***	
271000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
271000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.600	9.800	10.300	500	10.300	10.500	10.600	
271000	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
271000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	800	800	800	0	900	1.000	1.100	
271000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.900	1.900	1.900	0	2.000	2.100	2.200	
271000	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
271000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
272000			***Stadtbücherei***	***250.700***	***257.700***	***265.000***	***7.300***	***265.700***	***266.400***	***267.100***	
272000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
272000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	197.000	202.500	209.800	7.300	209.800	209.800	209.800	*Stundenanteile einer Mitarbeiterin müssen noch dem Ganztag zugeordnet werden.*
272000	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
272000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14.700	15.100	15.100	0	15.300	15.500	15.700	
272000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	39.000	40.100	40.100	0	40.600	41.100	41.600	
272000	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
272000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
281000			***Heimat- und sonstige Kulturpflege***	***1.000***	***1.000***	***900***	***-100***	***1.300***	***1.600***	***1.900***	
281000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	700	700	600	-100	800	900	1.000	
281000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
281000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
311100			***Hilfe zum Lebensunterhalt - Abwicklung Altfälle BSHG***	***3.800***	***3.900***	***3.900***	***0***	***4.200***	***4.500***	***4.800***	
311100	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
311100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.900	3.000	3.000	0	3.100	3.200	3.300	
311100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
311100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600	600	600	0	700	800	900	
311100	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
311200			***Sozialhilfesachbearbeitung gemäß Vertrag m.d. Kreis Pinneberg***	***263.400***	***328.500***	***333.500***	***5.000***	***363.400***	***374.200***	***377.800***	
311200	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	12.900	12.900	12.900	12.900	12.900	*Verlagerung zum Produkt 111800 (s.o.), Vertretung durch eine Beamtin*
311200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	206.100	249.300	231.000	-18.300	260.000	269.900	272.600	
311200	502100	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	0	0	10.100	10.100	10.100	10.100	10.100	
311200	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	0	300	300	300	300	300	
311200	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	15.900	22.500	22.500	0	22.800	23.100	23.400	
311200	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	41.400	56.700	56.700	0	57.300	57.900	58.500	
311200	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
312100			***Anteilige Unterkunftskosten für Arbeitsuchende nach dem SGB II***	***300***	***300***	***300***	***0***	***600***	***900***	***1.200***	
312100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
312100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
312100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
315100			***POMM 91***	***1.700***	***1.800***	***1.700***	***-100***	***2.100***	***2.400***	***2.700***	
315100	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
315100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.300	1.400	1.300	-100	1.500	1.600	1.700	
315100	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
315100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
315100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
315100	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
331000			***Förderung der Wohlfahrtspflege***	***400***	***400***	***400***	***0***	***700***	***1.000***	***1.300***	
331000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
331000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
331000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
331100			***Seniorenbeirat***	***5.500***	***5.600***	***5.600***	***0***	***5.900***	***6.200***	***6.500***	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
331100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.300	4.300	4.300	0	4.400	4.500	4.600	
331100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	400	400	0	500	600	700	
331100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	900	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
351700			***Wohngeld***	***25.500***	***25.900***	***27.300***	***1.400***	***27.500***	***27.700***	***27.900***	
351700	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	19.900	20.200	21.600	1.400	21.600	21.600	21.600	
351700	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.500	1.500	1.500	0	1.600	1.700	1.800	
351700	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.100	4.200	4.200	0	4.300	4.400	4.500	
362200			***Kinder- und Jugenderholung***	***1.000***	***1.000***	***1.000***	***0***	***1.300***	***1.600***	***1.900***	
362200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	700	700	700	0	800	900	1.000	
362200	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
362200	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
362500			***Sonstige Jugendarbeit***	***4.600***	***4.700***	***4.600***	***-100***	***5.000***	***5.300***	***5.600***	
362500	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.600	3.700	3.600	-100	3.800	3.900	4.000	
362500	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
362500	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	700	700	700	0	800	900	1.000	
365000			***Tageseinrichtungen für Kinder - Leitung***	***23.400***	***23.900***	***24.100***	***200***	***24.300***	***24.700***	***25.100***	
365000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.600	19.000	19.200	200	19.200	19.400	19.600	
365000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.400	1.400	1.400	0	1.500	1.600	1.700	
365000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.400	3.500	3.500	0	3.600	3.700	3.800	
365100			***AWO-KiTa Merlinweg***	***5.100***	***5.400***	***5.300***	***-100***	***5.700***	***6.000***	***6.300***	
365100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.000	4.100	4.000	-100	4.200	4.300	4.400	
365100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	400	400	0	500	600	700	
365100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	800	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
365200			***AWO-KiTa Lüttkamp***	***5.100***	***5.400***	***5.300***	***-100***	***5.700***	***6.000***	***6.300***	
365200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.000	4.100	4.000	-100	4.200	4.300	4.400	
365200	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	400	400	0	500	600	700	
365200	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	800	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
365300			***Kinderspielstube der ev. Kirche***	***2.100***	***2.200***	***2.100***	***-100***	***2.500***	***2.800***	***3.100***	
365300	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.600	1.600	1.500	-100	1.700	1.800	1.900	
365300	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
365300	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	400	400	0	500	600	700	
365400			***Ev. Kirche KiTa Wachsbleicherweg***	***5.100***	***5.400***	***5.300***	***-100***	***5.700***	***6.000***	***6.300***	
365400	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.000	4.100	4.000	-100	4.200	4.300	4.400	
365400	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	400	400	0	500	600	700	
365400	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	800	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
365500			***DRK-KiTa Friedlandstraße***	***10.200***	***10.500***	***10.500***	***0***	***10.800***	***11.100***	***11.400***	
365500	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.100	8.200	8.200	0	8.300	8.400	8.500	
365500	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600	700	700	0	800	900	1.000	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
365500	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.500	1.600	1.600	0	1.700	1.800	1.900	
365600			***Tagespflege in Tornesch***	***3.200***	***3.200***	***3.300***	***100***	***3.500***	***3.800***	***4.100***	
365600	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.500	2.500	2.600	100	2.600	2.700	2.800	
365600	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
365600	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	500	500	500	0	600	700	800	
365800			***Wabe KiTa Pommernstraße***	***5.600***	***5.700***	***5.700***	***0***	***6.000***	***6.300***	***6.600***	
365800	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.300	4.400	4.400	0	4.500	4.600	4.700	
365800	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	400	400	400	0	500	600	700	
365800	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	900	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
365910			***Betreuungsklasse FRS***	***4.900***	***5.200***	***5.200***	***0***	***5.800***	***6.400***	***7.000***	
365910	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.600	1.700	1.700	0	1.800	1.900	2.000	
365910	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.800	1.900	1.900	0	2.000	2.100	2.200	
365910	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	900	900	900	0	1.000	1.100	1.200	
365910	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
365910	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
365910	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	400	400	400	0	500	600	700	
365910	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
366000			***Einrichtungen der Jugendarbeit - Leitung***	***4.400***	***4.400***	***4.400***	***0***	***4.700***	***5.000***	***5.300***	
366000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.500	3.500	3.500	0	3.600	3.700	3.800	
366000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
366000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600	600	600	0	700	800	900	
366100			***Spielplätze***	***500***	***600***	***600***	***0***	***900***	***1.200***	***1.500***	
366100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	400	400	0	500	600	700	
366100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
366100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
366200			***Jugenderholungsheim***	***300***	***300***	***300***	***0***	***600***	***900***	***1.200***	
366200	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
366200	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
366200	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
366300			***Jugendzentrum "Jott-Zett"***	***163.300***	***174.300***	***169.200***	***-5.100***	***171.900***	***174.500***	***178.100***	
366300	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
366300	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	126.800	131.000	125.900	-5.100	128.000	130.000	133.000	*späterer Arbeitsanfang der Neueinstellungen als zum Haushalt geplant*
366300	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
366300	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.300	12.500	12.500	0	12.700	12.900	13.100	
366300	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	26.200	30.800	30.800	0	31.200	31.600	32.000	
366300	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
366300	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	

Personalausgaben
Nachtrag 2015

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
421000			***Förderung des Sports***	***9.000***	***9.200***	***9.200***	***0***	***9.500***	***9.800***	***10.100***	
421000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.100	7.300	7.300	0	7.400	7.500	7.600	
421000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600	600	600	0	700	800	900	
421000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.300	1.300	1.300	0	1.400	1.500	1.600	
511000			***Stadtplanung***	***131.800***	***136.400***	***137.000***	***600***	***138.300***	***139.900***	***141.500***	
511000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	8.600	8.900	9.000	100	9.000	9.100	9.200	
511000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	94.500	94.500	94.700	200	95.500	96.500	97.500	
511000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	3.500	3.400	3.700	300	3.700	3.700	3.700	
511000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
511000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.400	8.100	8.100	0	8.200	8.300	8.400	
511000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.800	21.400	21.400	0	21.700	22.000	22.300	
511000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
538000			***Abwasserbeseitigung***	***83.800***	***115.400***	***97.000***	***-18.400***	***99.400***	***101.200***	***103.600***	
538000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	5.600	5.700	5.800	100	5.800	5.900	6.000	
538000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	59.600	82.000	63.300	-18.700	65.300	66.600	68.400	*1. teilweise Elternzeit einer Mitarbeiterin im Jahr 2015* *2. Nichtbesetzung von Stunden, die sich aus den Stundenreduzierungen der beiden technischen Mitarbeiterinnen ergeben (insgesamt 19 Stunden)*
538000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	2.300	2.300	2.500	200	2.500	2.500	2.600	
538000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
538000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.500	7.300	7.300	0	7.400	7.500	7.600	
538000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	11.800	18.000	18.000	0	18.200	18.400	18.600	
538000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
541000			***Gemeindestraßen***	***67.600***	***97.000***	***77.100***	***-19.900***	***77.900***	***79.000***	***80.100***	
541000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	11.300	11.600	11.800	200	11.800	12.000	12.200	
541000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	41.100	60.800	40.300	-20.500	40.800	41.300	41.800	*siehe Produkt Abwasserbeseitigung 538000*
541000	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	4.600	4.600	4.900	300	4.900	4.900	4.900	
541000	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	200	100	200	300	400	
541000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.100	5.800	5.800	0	5.900	6.000	6.100	
541000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.500	14.100	14.100	0	14.300	14.500	14.700	
541000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
541130			***Neubaugebiet "Tornesch am See"***	***43.400***	***44.300***	***43.100***	***-1.200***	***44.800***	***45.300***	***45.800***	
541130	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
541130	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	37.000	37.800	36.600	-1.200	38.200	38.600	39.000	
541130	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0	
541130	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.400	6.500	6.500	0	6.600	6.700	6.800	
541130	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
541140			***B-Plan 81 "Alter Sportplatz"***	***19.800***	***20.200***	***19.600***	***-600***	***20.500***	***20.800***	***21.100***	
541140	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	16.900	17.200	16.600	-600	17.400	17.600	17.800	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
541140	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0	
541140	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.900	3.000	3.000	0	3.100	3.200	3.300	
541670			***Straßenbeleuchtung***	***1.200***	***1.500***	***1.200***	***-300***	***1.800***	***2.100***	***2.400***	
541670	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	900	1.000	700	-300	1.100	1.200	1.300	
541670	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	200	200	0	300	400	500	
541670	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	300	300	0	400	500	600	
561000			***Aufgaben des Umweltschutzes***	***24.600***	***25.000***	***25.100***	***100***	***25.400***	***25.900***	***26.400***	
561000	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
561000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	19.500	19.900	20.000	100	20.100	20.400	20.700	
561000	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
561000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.500	1.500	1.500	0	1.600	1.700	1.800	
561000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.600	3.600	3.600	0	3.700	3.800	3.900	
561000	503900	AU	Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
561000	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
571000			***Wirtschaftsförderung***	***32.600***	***33.300***	***33.400***	***100***	***33.800***	***34.300***	***34.800***	
571000	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	26.000	26.500	26.600	100	26.800	27.100	27.400	
571000	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.900	2.000	2.000	0	2.100	2.200	2.300	
571000	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.700	4.800	4.800	0	4.900	5.000	5.100	
573100			***GGT Grundstücksgesellschaft Tornesch GGT***	***4.700***	***4.800***	***5.000***	***200***	***5.500***	***6.000***	***6.600***	
573100	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	2.800	2.900	2.900	0	3.000	3.100	3.200	
573100	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	500	500	500	0	600	700	800	
573100	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	1.200	1.100	1.300	200	1.300	1.300	1.400	
573100	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
573100	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
573100	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
573100	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
573150			***GGS Grundstücksgesellschaft Sportpark Tornesch GGS***	***6.600***	***6.900***	***6.700***	***-200***	***7.200***	***7.500***	***7.800***	
573150	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
573150	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.400	5.600	5.400	-200	5.700	5.800	5.900	
573150	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	0	0	0	0	0	0	0	
573150	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
573150	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.000	1.100	1.100	0	1.200	1.300	1.400	
573150	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
573210			***Weihnachtsmarkt***	***8.900***	***9.100***	***9.100***	***0***	***9.400***	***9.700***	***10.000***	
573210	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.000	6.500	6.500	0	6.600	6.700	6.800	
573210	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	500	800	800	0	900	1.000	1.100	
573210	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.400	1.800	1.800	0	1.900	2.000	2.100	
573500			***Bürgerstiftung der Stadt Tornesch i.M. Gerhard Veit***	***1.800***	***1.800***	***1.800***	***0***	***2.100***	***2.400***	***2.700***	
573500	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.400	1.400	1.400	0	1.500	1.600	1.700	

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
573500	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100	100	100	0	200	300	400	
573500	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300	300	300	0	400	500	600	
573820			***Servicebetrieb Bauhof***	***761.100***	***794.000***	***787.000***	***-7.000***	***802.400***	***810.800***	***819.300***	
573820	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.000	1.000	1.000	0	1.100	1.200	1.300	
573820	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	595.500	621.300	614.200	-7.100	627.600	633.900	640.300	*siehe Produkt Bauverwaltung 111500 und GLM 111800 (Nichtbesetzung einer Stelle 15.02. bis 01.09.2015)*
573820	501900	AU	Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	
573820	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	400	400	500	100	500	600	700	
573820	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
573820	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	46.200	46.500	46.500	0	47.000	47.500	48.000	
573820	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	118.000	124.700	124.700	0	126.000	127.300	128.600	
573820	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
573840			***Servicebetrieb Hausmeisterpool***	***319.600***	***326.400***	***283.900***	***-42.500***	***289.300***	***294.700***	***300.100***	
573840	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.000	1.000	1.000	0	1.100	1.200	1.300	
573840	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	248.900	254.000	211.500	-42.500	215.800	220.100	224.400	*Ende einer Entgeltfortzahlung eines MA zum 31.03.2015 (berfristete Rente ab 01.07.2015). Dadurch erhöhte Kosten bei Produktkonto 573840.524100 (Hausmeisterdienste durch Dritte). Eine Stellennachbesetzung wird frühestens zum 01.11.2015 möglich sein.*
573840	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	400	400	400	0	500	600	700	
573840	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
573840	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.800	19.300	19.300	0	19.500	19.700	19.900	
573840	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	50.500	51.600	51.600	0	52.200	52.800	53.400	
573840	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
573850			***Servicebetrieb Reinigungsdienst***	***711.400***	***727.000***	***731.100***	***4.100***	***741.500***	***751.200***	***762.600***	
573850	501100	AU	Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte	1.000	1.000	1.000	0	1.100	1.200	1.300	
573850	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	560.000	573.000	576.200	3.200	584.800	593.200	602.600	
573850	502100	AU	Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	400	400	500	100	500	600	700	
573850	502101	AU	Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	0	100	100	0	200	300	400	
573850	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	40.000	40.500	39.400	-1.100	41.000	41.500	42.000	
573850	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	110.000	112.000	113.900	1.900	113.900	114.400	115.600	
573850	504100	AU	Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
573910			***Stadtteilbüro Pommernstraße 99***	***2.700***	***2.700***	***2.600***	***-100***	***3.000***	***3.300***	***3.600***	
573910	501200	AU	Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.100	2.100	2.000	-100	2.200	2.300	2.400	
573910	502200	AU	Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200	200	200	0	300	400	500	
573910	503200	AU	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	400	400	400	0	500	600	700	
	501100		***Gesamt - Dienstaufwendungen Beamtinnen und Beamte***	***424.100***	***427.300***	***434.000***	***6.700***	***435.500***	***440.300***	***446.600***	
	501200		***Gesamt - Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer***	***3.646.600***	***3.837.800***	***3.782.200***	***-55.600***	***3.882.800***	***3.932.700***	***3.978.900***	
	501900		***Gesamt - Dienstaufwendungen Sonstige Beschäftigungsentgelte***	***8.400***	***8.400***	***9.800***	***1.400***	***12.700***	***12.800***	***12.900***	

Personalausgaben
Nachtrag 2015

Produkt	Konto	KT	Bezeichnung	Ansatz VJ	Ansatz	Nachtrag 2015	Mehr/ Weniger	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Erläuterungen:
	502100		Gesamt - Umlage zur Versorgungskasse für aktive Beamtinnen + Beamte	214.500	196.000	209.800	13.800	209.900	211.800	213.700	
	502101		Gesamt - Versorgungsrücklage aktive Beamtinnen und Beamte	8.600	6.000	7.700	1.700	9.800	12.700	16.000	
	502102		Gesamt - Beiträge zu Versorgungskassen Beamtinnen und Beamte	24.000	1.600	1.800	200	1.800	1.800	1.900	
	502103		Gesamt - Versorgungsrücklage alle anderen Versorgungsempfänger	0	8.000	9.200	1.200	9.200	9.200	9.200	
	502104		Gesamt - Versorgungsanteile Beamtinnen + Beamte	0	35.400	36.000	600	36.200	36.400	36.900	
	502200		Gesamt - Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	269.900	307.500	306.900	-600	317.400	326.800	336.200	
	503200		Gesamt - Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	722.200	804.000	807.200	3.200	820.300	833.900	848.200	
	503900		Gesamt - Sozialversicherungsbeiträge Sonstige Beschäftigte	0	0	0	0	0	0	0	
	504100		Gesamt - Beihilfen und Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	58.500	44.800	44.800	0	45.300	45.900	46.500	
	504110		Gesamt - Arbeitsmedizinischer Dienst, Gesundheitsprävention	7.800	7.800	8.200	400	8.200	8.200	8.200	
	505100		Gesamt - Zuführungen zu Pensionsrückstellungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften	34.700	34.700	34.700	0	34.700	34.700	34.700	
			Personalkosten Gesamt	**5.419.300**	**5.719.300**	**5.692.300**	**-27.000**	**5.823.800**	**5.907.200**	**5.989.900**	

Stadt Tornesch **FD EDV**	**Gunnar Seiler** **Tel.: 123**	**19.09.2013**

Vfg.

1. Vermerk

Standortvernetzung der Feuerwache Ahrenlohe und der Feuerwache Esingen

Die FW Ahrenlohe muss so an die FW Esingen angeschlossen werden, dass eine zuverlässige Datenübertragung des Einsatzsystems TecBoss gewährleistet ist. Durch die neue Alarm- und Ausrückeordnung ist es unabdingbar, dass beide Wachen in Echtzeit auf die aktuellen Einsatzdaten zugreifen können.

Zur Standortvernetzung fehlt es momentan an einer breitbandigen Anbindung der FW Ahrenlohe. Nachdem diverse Versuche, eine DSL Verbindung mit der nötigen Bandbreite einzurichten, gescheitert sind, wurden Alternativen angefragt.

Eine kurzfristige Bereitstellung einer Glasfaserleitung ist nicht möglich.

Hybridtechnik (ertüchtigung der vorhandenen Kupferleitung durch Einspeisungen aus dem LTE-Netz) ist nur für Privatkunden vorgesehen und auch nicht mit fester IP-Adresse möglich.

Richtfunklösungen scheitern an der fehlenden Sichtlinie (Hochregallager steht in der Sichtlinie).

Einzig das von der Telekom angebotene Produkt **EtherConnect** ermöglicht eine kurzfristige erfolgversprechende Anbindung der FW Ahrenlohe an die FW Esingen.

Die Kosten für das Produkt betragen bei einer Vertragslaufzeit von einem Jahr 495,- €/Monat zzgl. 1.600,- einmaliges Bereitstellungsentgelt.
Diese Kosten verringern sich bei einer Vertragslaufzeit von 2 Jahren auf 445,50 €/Monat zzgl. 800,- € einmalig und bei einer **Vertragslaufzeit von 3 Jahren** auf **396,- €/Monat** ohne einmaliges Entgelt. Da eine alternative Lösung kurzfristig nicht in Sicht ist, empfehle ich die Variante mit 3 Jahren Vertragslaufzeit.

Die Realisierungszeit würde abhängig vom Vorliegen der technischen Voraussetzungen zwischen 20 und 80 Tagen nach Auftragserteilung betragen.

2. Bgm. Krügel m. d. B. um Zustimmung zur Erteilung des Auftrages

3. Frau Ries m. d. B. um Anmeldung der zusätzlichen Haushaltsmittel im Nachtrag

4. GWF Lolies z. K.

5. Wvl.

i.A. Seiler